

St. Ingbert, 28.05.2018

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates (Haushalt)
vom 25.10.2017, 18:00 Uhr,
Großer Sitzungssaal, Rathaus, 1. OG

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hans Wagner

Ordentliches Mitglied

Frau Susanne Baumann

Frau Herdis Behmann

beendet Teilnahme während TOP 2 um 19:45
Uhr

Herr Jürgen Berthold

Herr Dr. Frank Breinig

Herr Christian Dahlem

ab 18:12 Uhr zu TOP 2

Frau Sandra Derschang

Frau Doris Ducke-Sellen

Herr Roland Düpre

Herr Andreas Gaa

Herr Harald Gries

Herr Dr. Klaus Güttes

Herr Heinz Hambach

Herr Albrecht Hauck

Herr Markus Hauck

Herr Manfred Herges

Frau Bärbel Klenner
Herr Roland Körner
Herr Manfred Lahm
Herr Frank Luxenburger
Herr Thomas Magenreuter
Herr Franz-Josef Mast
Herr Sven Meier
Herr Dr. Markus Monzel
Frau Nadine Müller
Frau Carina Münzebrock
Herr Sven Oberinger
Herr Pascal Rambaud
Herr Lothar Reiß
Herr Werner Röhrig
Frau Helga Roth
Frau Dunja Sauer
Frau Marion Schembri
Frau Ursula Schmitt
Herr Dominik Schmoll
Frau Petra Schweitzer
Frau Ellen Straßberger
Frau Christa Strobel
Frau Mathilde Thiel
Herr Michael Trittelvitz
Herr Wolfgang Weisgerber
Herr Jeremy Wendel
Frau Christina Wieth
Herr Albert Zitt

ab 19:01 Uhr zu TOP 2

Sachverständige/r

Herr Karl-Heinz Dewald (stv. Behindertenbeauftragter)
Herr Edwin Schetting (Behindertenbeauftragter)

Verwaltung

Herr Christoph Anstadt

Herr Alex Beck

Herr (Personalrat) Alex Bieg

Herr Thomas Debrand

Herr Dieter Detemple

Frau Marika Flierl

Frau Elisabeth Geib

Frau Waltraud Guth

Herr Heinz-Holger Hansen

Frau Alexandra Hell

Frau Thea Holzer

Frau Susanne Jung (Frauenbeauftragte)

Frau Heike Konschak-Klein

Herr Gerd Lang

Frau Maria Müller-Lang

Herr Bruno Rebmann

Herr Martin Ruck

Herr Christoph Scheurer

Thomas Schöben

Herr Michael White

Entschuldigt:

Ordentliche Mitglieder

Herr Jürgen Karr

Herr Adam Schmitt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Stellenplan 2017 und Stellenplan 2018

Vorlage: VO/3007/17/1

TOP 2 Doppelhaushalt 2017/2018

Vorlage: VO/3055/17/1

Der Vorsitzende eröffnet um 18:05 Uhr die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Stellenplan 2017 und Stellenplan 2018**

Vorlage: VO/3007/17/1

Beschluss:

1. Dem als Anlage beigefügten Stellenplan **2017**

- Teil A – Beamtinnen / Beamte
- Teil B – Beschäftigte

wird zugestimmt.

2. Dem als Anlage beigefügten Stellenplan **2018**

- Teil A – Beamtinnen / Beamte
- Teil B – Beschäftigte

wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür.

Protokoll:

Ohne weitere Diskussion fasst der Stadtrat vorstehenden Beschluss.

zu 2

Doppelhaushalt 2017/2018

Vorlage: VO/3055/17/1

Der nachstehend abgedruckten Haushaltssatzung für die Jahre 2017 und 2018 und der Finanzplanung für die Jahre 2019 und 2020 wird zugestimmt.

**Haushaltssatzung der Stadt St. Ingbert
für die Haushaltsjahre 2017 und 2018**

Auf Grund der §§ 84 ff. des Kommunalselbstverwaltungsgesetzes - KSVG - in geltenden Fassung hat der Stadtrat am 25.10.2017 folgende Haushaltssatzung

§ 1

Der Haushaltsplan wird festgesetzt	für das Ha 2017 €
1. im Ergebnishaushalt mit	
dem Gesamtbetrag der Erträge auf	83.819.074
dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	90.783.994
im Saldo der Erträge und Aufwendungen auf	-6.964.920
2. im Finanzhaushalt mit	
den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	2.915.008
den Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	7.232.719
dem Saldo aus Investitionstätigkeit auf	-4.317.711
den Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	4.089.914
den Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	1.969.509
dem Saldo aus Finanzierungstätigkeit auf	2.120.405

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen wird festgesetzt auf	3.981.961
--	-----------

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen wird festgesetzt auf

0 1.230.00

§ 4

Kredite zur Liquiditätssicherung werden nicht beansprucht.

§ 5

Die Verringerung der allgemeinen Rücklage zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes wird festgesetzt auf

6.964.920 7.229.18

§ 6

Die Hebesätze für die Realsteuern werden wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer

	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	260 v.H.	260 v.H.
a) für die land- und forstwirtschaftlichen			
b) für die Grundstücke (Grundsteuer B)		460 v.H.	525 v.H.

2. Gewerbesteuer

360 v.H. 390 v.H.

§ 7

Es gilt der vom Stadtrat am 25.10.2017 beschlossene Stellenplan.

St. Ingbert, den

Hans Wagner
Oberbürgermeister

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 26

Ablehnung: 04

Enthaltung: 12

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Haushaltsrede:

"Der Haushalt einer Mittelstadt wie St. Ingbert, der fünftgrößten Stadt des Saarlandes, ist ein sehr umfangreiches und komplexes Werk und umfasst für das Jahr 2017 Erträge in Höhe von rund 84 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 91 Mio. Euro und für das Jahr 2018 Erträge in Höhe von 87,5 Mio. Euro und Aufwendungen in Höhe von 94,5 Mio. Euro, also im Vergleich zu diesem Jahr nochmal eine Erhöhung von 3,5 Mio. Euro in 2018.

Seit letztem Jahr ist unsere Kämmerei mit den Jahresabschlüssen der Stadt und der städtischen Gesellschaften beschäftigt, die Voraussetzung zur Erstellung der aktuellen Haushaltspläne sind. Wir sind nicht die einzigen die nicht rechtzeitig fertig geworden sind, ganz im Gegenteil, ich weiß, dass andere Kommunen mit ihren Jahresabschlüssen noch nicht so weit sind.

Da die Kämmerei diese Aufholarbeiten der Jahresabschlüsse bis 2016 im Prinzip erledigt hat, kann und wird sie direkt zu Beginn des nächsten Jahres mit den Haushaltsplänen der Jahre 2019/2020 beginnen können, sodass wir Ende 2018 den nächsten Doppelhaushalt fristgerecht verabschieden können.

Mein Dank dafür gilt den Mitarbeitern der Kämmerei.

Wegen der Komplexität des städtischen Haushaltes wird unsere

Verwaltung, wie ich bereits angekündigt habe, zu einer Bürgerinformationsveranstaltung alle interessierten Bürger in die Stadthalle einladen um detailliert und ohne Zeitdruck diesen zu erklären und Fragen zu beantworten.

Generell ist zu sagen, dass die Mittelstadt St. Ingbert seit einigen Jahren ausgesprochen erfolgreich und zukunftsorientiert arbeitet und auch im finanziellen Bereich der Musterknabe im Saarland ist.

Anhand der Tabellen, veröffentlicht im unabhängige Journalisten-Portal <Saarland-inside> ist festzustellen, dass St. Ingbert die Stadt mit der höchsten Finanzkraft, der höchsten Wirtschaftskraft und mit der geringsten pro Kopf Verschuldung im Saarland ist und als eine von 3 saarländischen Städten immer noch ohne Kassenkredite auskommt.

Diese Erfolge scheinen einigen Ratsfraktionen nicht ins politische Ränkespiel zu passen, denn die seit der letzten Kommunalwahl 2014 ständig stattfindenden, rein politisch motivierten Negativschlagzeilen, erzeugen in der Öffentlichkeit ein unwürdiges Zerrbild der tatsächlichen Situation unserer Stadt welches dem Ansehen unsere Stadt schadet und unsere Bürger nicht verdient haben.

Ich befürchte leider, dass erst zur nächsten Kommunalwahl 2019 die Wähler diesem bedauerlichen Spuk ein Ende bereiten können.

Trotz dem ausgesprochen erfreulichen Finanz-Ranking haben aber auch wir ein strukturelles finanzielles Defizit d.h., wir geben mehr Geld aus als wir einnehmen.

Belief sich der Jahresfehlbetrag des Haushaltsjahres 2016 auf rd. rd.3,8 Mio.€, kann sich dieser im Planungsjahr 2017 und 2018 auf je rd. 7,0 Mio.€ erhöhen. Die Verschlechterung resultiert insbesondere aus höheren Aufwendungen für

- Kreisumlage (+1,4 Mio.€ - Erhöhung von 26,9 in 2016 auf 28,3 Mio.€ in 2017)
- Defizitabdeckung insbesondere f. GGE, GBQ, AWS (+0,8 Mio.€)
- Straßenunterhaltung + Winterdienst (+0,4 Mio.€)
- Unterhaltung von Außenanlagen (+0,3 Mio.€),
- Flüchtlingsunterbringung + Betreuung (+ T€ 0,3 Mio.€),

Da die Kommunalaufsicht restriktiv fordert ein Defizit zu vermeiden und

einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen, werden wir gezwungen Ausgaben zu reduzieren bzw. Einnahmen zu erhöhen da ansonsten eine Genehmigung des Haushaltes nicht erfolgt.

Wie eine Haushaltsgenehmigung bei den vielen <insolventen> Städten und Gemeinden im Saarland überhaupt möglich ist und erfolgt oder ob mit zweierlei Maß gearbeitet wird, darüber darf gerne spekuliert werden.

Der Kommunalaufsicht wurde also vorgeschlagen, die Hebesätze für Gewerbesteuer wie auch für die Grundsteuer zum 1. Januar 2018 zu erhöhen und unter diesen Bedingungen wurde die Genehmigung des Haushaltes 2017/2018 in Aussicht gestellt.

Dass eine Gebührenerhöhung, so gering sie auch ausfallen mag, niemandem gefällt dürfte jedem klar sein, aber die Forderung der Kommunalaufsicht lässt leider keinen Spielraum zu.

Die Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 360 auf 390 % erbringt Mehrträge in Höhe von rd. 2,1 Mio.€.

Die Anhebung des Grundsteuerhebesatzes von 460 auf 525% führt zu einer Erhöhung der Erträge von rd. 950.000 €.

Die Erhöhung beträgt für 90 % der Grundsteuerzahler eine Mehrbelastung zwischen 1 Cent bis maximal 5,89 € im Monat. Hier sind Unternehmen aber auch Bürger mit großen Grundstücken je zur Hälfte betroffen.

Trotz der Anhebung der Hebesätze beträgt der Jahresfehlbetrag im Planungsjahr 2018 rd. 200.000,-€ mehr Dies beruht u.a. auf:

- der Erhöhung des Personalaufwandes (+1,0 Mio.€ durch Tarifierhöhungen, Entgeltgruppenstufen-Steigerungen sowie Erhöhung des Personalbestandes im Kindergartenbereich)
- • der Erhöhung der Kreisumlage (+2,6 Mio.€ von 28,3 Mio.€ in 2017 auf 30,9 Mio.€ in 2018).
-

Ob für das Planungsjahr 2019 mit einer weiteren Verschlechterung des Jahresfehlbetrages gerechnet werden muss, hängt im Wesentlichen vom Ausgang eines seit 2005 anhängigen Rechtsstreites zwischen dem

Finanzamt Heidelberg und einem Gewerbesteuerzahler der Stadt St. Ingbert ab, das zur Folge hätte, dass die Stadt St. Ingbert Gewerbesteuern und Zinsen in Höhe von ca. 6 Mio. Euro an das Unternehmen zurückzahlen müsste.

In diesem Musterstreitverfahren unterlag das Unternehmen im Mai 2017 vor dem Finanzgericht Baden-Württemberg, ging jedoch in Revision. Erfahrungsgemäß dauert ein solches Revisionsverfahren ca. 2 Jahre wobei in Frage steht, ob das Unternehmen obsiegen kann, da die europäische Union ja gerade diese Steuerverlagerungen in Niedrigsteuerländer massiv unterbinden will.

Im Moment ist eine mögliche Rückzahlung dieser 6 Mio. Euro im Plan 2019 als Verschlechterung eingearbeitet. Die Sinnhaftigkeit werden wir in dem im nächsten Jahr zu erstellenden Haushaltsplan 2019/2020 überprüfen.

Ergebnis verschlechternd wirken sich in 2019 der Anstieg des Personalaufwandes (+T€ 0,5 Mio. € sowie die höhere Defizitabdeckung an die AWS +0,7 Mio.€ infolge der Aufnahme des Museumsbetriebes in der NBWS aus. Teilweise ergebnisverbessernd in 2019 wirken sich die niedrigere Kreisumlage (-1,4 Mio. € - Rückgang von 30,7 Mio.€ in 2018 auf 29,3 Mio.€ in 2019), der Rückgang der Gewerbesteuerumlage in Höhe von 0,8 Mio.€ sowie der Anstieg des Einkommensteueranteils (+0,8 Mio.€) aus.

Im Planungsjahr 2020 wird sich, unter der Voraussetzung, dass die vom Gesetzgeber derzeit vorgesehene Absenkung des Gewerbesteuerumlagevervielfältigers (von 68,5 auf 35 %) umgesetzt wird und das Gewerbesteueraufkommen unbeeinflusst durch hohe Gewerbesteuererstattungen bleibt, eine deutliche Ergebnisverbesserung ergeben.

Die deutliche Ergebnisverbesserung beruht auf einem Anstieg des Steueraufkommen um +6,1 Mio. € (i. W Gewerbesteuer +5,0 Mio.€ und Einkommensteuer +1,0 Mio.€), einer Verringerung der Erstattungszinsen(- 1,8 Mio.€) sowie einer um -1,6 Mio.€ geringeren Gewerbesteuerumlage infolge der Absenkung des Gewerbesteuervervielfältigers. Zu erwarten sind höhere Defizitabdeckung bei der GGE 0,3 Mio. €, eine höhere

Kreisumlage (+0,3 Mio.€ von 29,3 Mio.€ in 2019 auf 29,6 Mio.€ in 2020) sowie höhere Zuschüsse an nicht städtische Kindergärten.

Investitionsplanung

Die Investitionsplanung im Zeitraum 2017-2020, wie auch noch in den Folgejahren, wird geprägt durch den Beginn der Abarbeitung des Investitionstaus im Gebäudebereich. Bedeutende Großprojekte, die im Planungszeitraum begonnen werden, sind die Maßnahmen <Sanierung Rischbachschule>, <Sanierung Ludwigschule> sowie <Neubau des Feuerwehrgerätehauses Rohrbach> welches unnötigerweise um 2 Jahre verschleppt wurde.

Im Doppelhaushalt 2017/2018 sind im Einzelnen folgende wesentliche Maßnahmen veranschlagt:

Jahr 2017:

Jahr	Bereich	Maßnahme	Betrag	Einzahl.
2017	IKT	Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der IKT, Datensicherheit	155T€	
2017	Gebäude	Neubau Mehrgenerationenhaus Oberwürzbach	500T€	500T€
2017	Gebäude	Neue Baumwollspinnerei	250T€	
2017	Gebäude	Umbau ehem. JVA-Geb. z. Musikschule	100T€	150T€
2017	Feuerwehr	Ersatzneubau Feuerwehrgerätehaus Rohrbach	230T€	100T€
2017	Grundschulen	Generalsanierung Ludwigschule	165T€	83T€
2017	Grundschulen	Generalsanierung Rischbachschule	250T€	347T€
2017	Kindertagesstätten	Umbau ehem. Grundschule Rentrish	910T€	1.400T€
2017	Kindertagesstätten	Erweiterung städt. Kita Detzelstraße	554 T€	958 T€
2017	Kindertagesstätten	Zuschüsse an kirchl. Träger		240T€
2017	Bushaltestellen	Barrierefreier Ausbau	121T€	95T€
2017	Baubetriebshof	Betriebsausstattung	453T€	17T€
2017	Rentierliche Maßnahmen	Erneuerung Lüftungsanlage Stadthalle	829T€	82T€

Jahr 2018

Jahr	Bereich	Maßnahme	Betrag	Einzahl
2018	IKT	Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der IKT, Datensicherheit	209T€	
2018	Gebäude	Neubau Mehrgenerationenhaus Oberwürzbach	500T€	500T€
2018	Gebäude	Umbau Bürgerhaus Rohrbach	300T€	150T€
2018	Gebäude	Sanierungsmaßnahmen Rathaus	200T€	200T€
2018	Gebäude	Neue Baumwollspinnerei	50T€	
2018	Gebäude	Verkauf Altes Hallenbad	250T€	
2018	Gebäude	Umbau ehem. JVA-Geb. z. Musikschule	200T€	300T€

Jahr 2019

Jahr	Bereich	Maßnahme	Betrag	Einzahl
2019	IKT	Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der IKT, Datensicherheit	104T€	
2019	Gebäude	Sanierung Ratskeller	200T€	
2019	Feuerwehr	Beschaffung Fahrzeuge	120T€	
2019	Grundschulen	Generalsanierung Ludwigschule	2.000T€	1.000T€
2019	Grundschulen	Generalsanierung Rischbachschule	1.000T€	
2019	MINT-Campus	Weiterführung	660T€	550T€
2019	Straßen	Sanierung Straße „Im Schiffelland“	350T€	
2019	Straßen	Kreisverkehrsplatz Spieser Landstraße	180T€	135T€
2019	Straßen	Ausbau Verbindungsstraße zw. Industr.-u. Mühlstr.	240T€	
2019	Straßen	Ausbau Rote-Flur-Straße	350T€	
2019	Baubetriebshof	Betriebsausstattung	347T€	23T€

Jahr 2020

Jahr	Bereich	Maßnahme	Betrag	Einzahl
2020	IKT	Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der IKT, Datensicherheit	74T€	
2020	Feuerwehr	Beschaffung Fahrzeuge	250T€	12T€
2020	Grundschulen	Generalsanierung Ludwigschule	2.135T€	

	818T€		
2020	Grundschulen	Generalsanierung Rischbachschule	1.000T€
2020	Straßen	Sanierung Straße „Im Schiffelland“	650T€50T€
2020	Straßen	Sanierung Fußgängerzone	350T€
2020	Straßen	Ausbau Rote-Flur-Straße	290T€
2020	Baubetriebshof	Betriebsausstattung	112T€10T€

Fazit

Die Stadtverwaltung St. Ingbert verfolgt, auch bereits in den Vorjahren konsequent den Weg der frühzeitigen Einleitung nachhaltiger Sparmaßnahmen. Ich erinnere an die kontinuierliche Umstellung unserer 6.800 Straßenlaternen aber auch Gebäudebeleuchtungen auf energiesparende LED Lampen, Einbau einer energiesparenden Lüftungsanlage in unserer Stadthalle, Austausch von Heizungsanlagen, zusätzliche Wärmedämmmaßnahmen in Schulen, Kitas und städt. Wohngebäuden, wobei Einsparungen im 6-stelligen Euro Bereich zu erwarten sind(Weihnachtsbeleuchtung).

Mit größter Selbstverständlichkeit werden vom Stadtrat erteilte Aufträge von der Bauverwaltung nach kostenoptimierten, wirtschaftlichsten Gesichtspunkten umgesetzt, dass dies, obwohl Kosten eingespart werden, zu Dienstaufsichtsbeschwerden einer Stadtratsmehrheit führt, ist ein Unding, verdeutlicht aber sehr anschaulich, dass der Sparwille bei dieser Stadtratsmehrheit nicht vorhanden ist.

Der Verlust von Fördergeldern in Höhe von ca. 400.000 Euro durch das Streichen der Gelder für das Feuerwehrgerätehaus Rohrbach vor 2 Jahren, das Verprellen eines Investors für den Ratskeller vor einem Jahr, der persönlich 250.000 Euro investieren und eine rentierliche Miete zahlen wollte, ebenfalls durch das Streichen der Gelder für städtische Investitionen sowie die Verlängerung unrentierlicher Mietverträge verdeutlichen unter anderem den mangelnden Sparwillen. Hier gäbe es noch weitere Beispiele zu nennen. (Abriss Tischtennishalle).

Jetzt wie auch in Zukunft müssen die Stadträte, die per Gesetz die Finanzhoheit über die Gelder der Stadt haben, verantwortlich mit den Steuergeldern der St. Ingberter Bürger umgehen.

Die Verwaltung wird auch in Zukunft nach den Prinzipien der Sparsamkeit und der Nachhaltigkeit arbeiten und ich werde als Oberbürgermeister auch weiter kritisch, transparent und offensiv die Bürger informieren, wenn von einer Stadtratsmehrheit dagegen verstoßen wird."

Sodann übergibt der Vorsitzende das Wort an den Vorsitzenden der größten Stadtratsfraktion, den Fraktionsvorsitzenden Dr. Frank Breinig von der **CDU-Stadtratsfraktion**.

"Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Ratskolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Zukunft ist offen. Sie ist kein unentrinnbares Schicksal und kein Vermächtnis. Sie kommt nicht einfach über uns. Wir können sie gestalten mit dem, was wir tun und mit dem, was wir nicht tun.“ Diese Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Johannes Rau belegen aus meiner Sicht sehr treffend das hohe Maß an Verantwortung, mit dem die Beschlüsse eines Doppelhaushaltes verbunden sind. Der Stadtrat entscheidet heute über die Zukunft, beschließt, verschiebt oder streicht Projekte und Vorhaben, stellt Weichen für die zukünftige Attraktivität und finanzielle Schlagkraft unserer Heimatstadt St. Ingbert.

Dies alles passiert in einer Welt, die sich verändert. Das hat sie zwar schon immer getan, aber gefühlt noch niemals so schnell wie im Augenblick. Weltwirtschaft, Brexit und Populisten in den verschiedensten Ländern sind vermeintlich weit weg, haben aber in verschiedenster Weise auch unmittelbare Auswirkungen vor Ort. Dazu kommen Millionen von Menschen in Not auf der Flucht vor unzähligen Konflikten, Kriegen und Terror, von denen viele auch in unserer Stadt nun eine vorübergehende Heimat gefunden haben, manche wahrscheinlich sogar für immer. Diese vielleicht noch nie dagewesene Herausforderung hat unsere Stadt in herausragender Weise angenommen. Das alles war aber nur möglich, weil unzählige Bürgerinnen und Bürger sich ehrenamtlich für diese Menschen in Not eingesetzt und sie in vielfältiger Weise unterstützt haben. Für diesen menschlichen, aber ganz sicher nicht selbstverständlichen Einsatz möchte ich mich im Namen unserer Fraktion, und ich denke des gesamten Stadtrates, ganz herzlich bei allen Beteiligten, und das schließt natürlich ausdrücklich auch die Mitarbeiter der Verwaltung sowie der Stabstelle unter der Leitung von Mike White mit ein, bedanken. Und obwohl noch ein

Stück des Weges zurück zu legen ist, bin ich sicher, dass diese Stadt die Herausforderung meistern wird.

Nun steht der Doppelhaushalt 2017/18 zur Verabschiedung an. Die Tatsache, dass dieser Haushalt erst heute, am 25. Oktober 2017, verabschiedet wird, zeigt bereits, dass dies kein einfacher Haushalt ist und sich auch die Verwaltung bei der Vorbereitung schwergetan hat. Wie Sie der Vorlage zur heutigen Sitzung entnehmen können, gab es im Vorfeld eine Vielzahl von Sitzungen, Änderungen und Aktualisierungen; die letzten erst vor einer Woche; und auch heute wurde nochmals rege diskutiert. Dazu kommen diverse Unwägbarkeiten bei unzähligen Variablen wie Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst, Steuereinnahmen, Zuweisungen, Kreisumlage und vieles mehr.

Für mich als Wissenschaftler siedelt sich damit die Erstellung eines solchen Doppelhaushaltes irgendwo zwischen Quantenphysik und Kaffeesatz-Leserei an. Insofern freut es mich natürlich ganz besonders, dass der Oberbürgermeister unsere wiederholte Forderung endlich aufgegriffen und heute in einem sozialen Netzwerk angekündigt hat, den Bürgerinnen und Bürgern in einer Informationsveranstaltung die komplexen Zusammenhänge des Haushaltes zu erläutern, insbesondere, weshalb er die von ihm vorgeschlagenen Steuererhöhungen für unabdingbar hält. An dieser Stelle geht der Dank unserer Fraktion an die Mitarbeiter des Bereiches Finanzen insbesondere an Herrn Detemple und Herrn Rebmann, aber natürlich auch an die vielen weiteren Mitarbeiter der Verwaltung, die den Haushaltsentwurf von mehreren hundert Seiten vorbereitet und den Hobbypolitikern aus dem Stadtrat die vielen Zahlen und Einzelheiten geduldig und verständlich dargelegt haben.

Nachdem die Fraktionsvorsitzenden von der Verwaltungsspitze wieder einmal nicht in die Erstellung des Haushaltsentwurfes einbezogen wurden, haben die Freizeitpolitiker in den verschiedenen Fraktionen dennoch viele Stunden damit verbracht, sich über diesen Entwurf Gedanken zu machen und untereinander fraktionsübergreifende Gespräche zu führen. In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch ausdrücklich bei den Kollegen der SPD bedanken; unabhängig davon, ob die SPD-Fraktion dem vorliegenden Haushaltsentwurf zustimmt oder nicht, haben wir doch sehr konstruktive Gespräche über die Zukunft unserer Stadt geführt. Welches sind nun die Rahmenbedingungen, unter denen die Verabschiedung des Haushaltes 2017/18 stattfindet?

Wie jeder in diesem Raum weiß, sind bis auf ganz wenige Ausnahmen praktisch alle saarländischen Kommunen durch Kassenkredite mehr oder weniger hoch verschuldet. Das heißt, sie müssen Kredite aufnehmen, um ihre Mitarbeiter, Gas, Wasser, Strom und ähnliches begleichen und damit ihre Arbeitsfähigkeit überhaupt erhalten zu können. Eine bedenkliche Entwicklung. Offenbar haben aber die meisten saarländischen Kommunen die Folgen dieses Prozesses komplett ausgeblendet.

Anders kann ich mir nicht erklären, dass manche Kommune eine sinkende Neuverschuldung in der Öffentlichkeit bereits als Erfolg verkauft. Ganz anders in St. Ingbert: neben Losheim und Saarwellingen hat unsere Heimatstadt als eine von drei Kommunen und als einzige Stadt überhaupt im Saarland keine Kassenkredite. Und während die Mehrzahl der anderen Kommunen im Zuge der Sanierung ihrer Haushalte der Fremdbestimmung durch die Kommunalaufsicht unterliegt, können wir in St. Ingbert Dank der verantwortungsvollen Beschlüsse der vorangegangenen Räte sowie des aktuellen Stadtrates, die im Gegensatz zu anderen Kommunen rechtzeitig Konsolidierungsmaßnahmen eingeleitet haben, noch immer größtenteils selbstbestimmt entscheiden.

Dennoch, trotz aller eigenen Bemühungen sind wir als Kommune zu einem großen Teil fremdbestimmt. Viele Probleme sind von außen verursacht und von den Kommunen nicht oder kaum zu beeinflussen. Ich nenne beispielhaft die vielen Aufgaben und Kosten, die das Land, vor allem aber der Bund, den Kommunen aufgebürdet haben sowie noch nicht absehbare Einnahmeausfälle als Folge der im Bund angekündigten großen Steuerreform. Dazu kommen noch Erhöhungen der Personalkosten durch Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sowie die dauernden Steigerungen der Kreisumlage. Betrug der Anteil St. Ingberts an der Kreisumlage 2006 noch knapp 14 Millionen Euro, so beträgt er 2017 bereits über 28 Millionen Euro und steigt laut Plan 2018 auf über 31 Millionen Euro; mehr als doppelt so viel wie 2006 und seitdem ein dramatischer Anstieg um über 17 Millionen Euro jährlich.

Dabei leisten die St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger bereits in 2017 mit knapp 780 € pro Einwohner die höchsten Zahlungen im gesamten Saarland; beim prognostizierten Anstieg in 2018 sogar knapp 870 Euro. Zum Vergleich: in Saarlouis mit etwa gleich hoher Einwohnerzahl wie St.

Ingbert werden laut Plan 2017 etwa 660 € pro Einwohner fällig. Hier besteht aus der Sicht unserer Fraktion dringender Handlungsbedarf; das Land und der Bund müssen eindeutig mehr gegen die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen tun. Die Folgen dieser Fehlentwicklungen liegen auf der Hand: wenige Investitionen in Infrastruktur wie Schulen und öffentliche Einrichtungen und daraus resultierend ein erheblicher Sanierungsstau, der sich über die letzten Jahre aufgebaut hat. Und hier gibt es überhaupt nichts Drumherum zu reden: es ist für die Kommunen kaum möglich, sich alleine durch Einsparungen vor Ort aus dieser strukturellen Unterfinanzierung zu befreien.

Was bedeutet das nun im Detail für St. Ingbert? Lassen wir die Zahlen sprechen. Den Unterlagen zu dieser Sitzung und den Ausführungen von Herrn Detemple können Sie entnehmen, dass wir in 2017 und 2018 aus den genannten Gründen Millionendefizite machen werden. Im Klartext: wir werden unser Eigenkapital weiter reduzieren. Dazu kommt das Risiko einer möglichen Rückzahlung an Gewerbesteuern in Millionenhöhe. Und auch wenn die Verwaltungsspitze es in wenigen Tagen wieder vergessen haben wird, so schlägt sie zur Gegensteuerung ab 2018 wiederum eine Erhöhung der Grund- und zusätzlich der Gewerbesteuern vor; eine Maßnahme, mit der sicherlich niemand glücklich ist, zu der wir nach vielen Stunden Beratung aber dennoch keine Alternative sehen.

Tiefe Einschnitte bei freiwilligen Leistungen wie eine Schließung der Volkshochschule, der Stadtbücherei oder der Musikschule kommen für uns nicht in Frage; die Attraktivität der Stadt für alle Generationen muss erhalten bleiben. Wichtig war uns in diesem Zusammenhang aber die Verteilung der vorgeschlagenen Erhöhungen: rein zahlenmäßig resultieren hier weniger als ein Drittel aus der Grundsteuer, aber mehr als zwei Drittel aus der Gewerbesteuer. Berücksichtigt man noch die Tatsache, dass flächenintensive Betriebe ebenfalls sehr hohe Grundsteuerzahlungen leisten, so tragen die Bürger tatsächlich eher höchstens ein Viertel bis ein Fünftel der Mehrbelastungen. Und obwohl die Unternehmen in Zukunft höher belastet werden, so erhebt auch nach der Erhöhung noch immer keine Kommune im Saarland eine geringere Gewerbesteuer; im Gegenteil, alle Städte, vor allem die unmittelbar benachbarten, liegen deutlich höher. Somit wird der für die Ansiedlung von Unternehmen und Mitarbeitern so wichtige Standortvorteil von St. Ingbert erhalten bleiben.

Liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen, der langjährige Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred Rommel sagte einmal: <Schütz' uns vor Rheuma, Grippe, Gicht und vor der Kommunalaufsicht.> Nun weiß ich nicht, inwiefern sich die Kommunalaufsicht in Baden-Württemberg von der im Saarland unterscheidet. Ich nehme aber an, auf Grund seiner jüngsten Erfahrungen wird der Oberbürgermeister diesem Satz uneingeschränkt zustimmen. Durch die von der Verwaltung vorgeschlagene Einnahmeerhöhung werden wir, zumindest nach der vorgelegten Planung, nicht in die Haushaltssanierung rutschen. So vermeiden wir eine Fremdbestimmung durch die Kommunalaufsicht und hinterlassen auch dem neuen Stadtrat Gestaltungsmöglichkeiten in der Stadtpolitik.

Wir werden dem Verwaltungsvorschlag insofern schweren Herzens zustimmen. Allerdings wäre es naiv zu glauben, dass sich die Finanzprobleme der Kommunen kurzfristig in Luft auflösen. Und deshalb gehört es zu einer seriösen Politik dazu, schon jetzt Vorsorge zu treffen, damit auch zukünftige Haushalte auf solidem finanziellem Fundament stehen können. Während sich die Verwaltungsspitze in diesem Haushaltsentwurf aber bemerkenswerterweise erfolgreich vor jeglichem Einsparvorschlag gedrückt hat, so hat die Koalition bereits entschieden im Sinne der Stadt gehandelt. Alleine die Gründung des ABBS, des Abfall-Bewirtschaftungs-Betriebes St. Ingbert, und die damit verbundene Umstellung der Müllentsorgung auf das Verursacherprinzip spart dem städtischen Haushalt strukturell, also jährlich, eine Summe im sechsstelligen Bereich. Ohne diese Maßnahme wären die vorgeschlagenen Steuererhöhungen vermutlich noch höher ausgefallen. Dies hat auch direkte Auswirkungen auf mögliche Investitionen: beispielsweise ist die Anschaffung eines neuen Müllfahrzeuges nun gebührenfinanziert; die freigewordenen Mittel von knapp 300.000 € können wir in die dringend notwendige Sanierung von Schulen oder Spielplätzen stecken. Ebenso reduziert die Koalition Kosten durch den Abriss unrentierlicher Liegenschaften, also von maroden städtischen Gebäuden. Damit können nicht nur Unterhaltungskosten gespart, sondern auch Verkaufserlöse der freiwerdenden Flächen generiert werden; ich komme später noch darauf zu sprechen.

Was erwartet uns kommenden Haushalt? Ziel der CDU-Fraktion und der von uns geführten Koalition ist es, unter dem Motto <St. Ingbert 2025 –

attraktiv und lebenswert für alle Generationen und Bevölkerungsgruppen> den über lange Jahre aufgebauten Investitions- und Sanierungsstau in St. Ingbert sukzessive aufzulösen. Dies erfordert einen Spagat zwischen schwieriger Finanzlage und zukunftsweisenden Maßnahmen.

Für die CDU-Fraktion standen dabei insbesondere die Bereiche Schulen, Bildung und Betreuung sowie eine attraktive Innenstadt im Vordergrund. Darauf aufbauend trägt der Haushalt auch dieses Mal wieder die klare Handschrift der von uns geführten Koalition: und erst diese macht aus dem Entwurf der Verwaltung einen Haushalt, der tatsächlich alle Generationen und Bevölkerungsgruppen berücksichtigt. Oberste Priorität haben für uns daher die über alle Fraktionsgrenzen hinweg einstimmig beschlossenen Sanierungsmaßnahmen im Grundschulbereich inklusive einer deutlichen Verbesserung ihrer medialen Ausstattung im Sinne einer zunehmend digitalisierten Welt. Nachdem im letzten Haushalt bereits eine sechsstellige Summe in die

Sanierung der Südschule geflossen ist, werden nun sukzessive zweistellige Millionenbeträge in die Ludwigs- und die Rischbachschule investiert werden. Damit wird konsequent die Linie weitergeführt, die teilweise maroden Grundschulen für unsere Schulkinder zu sanieren und aufzuwerten. Zu dieser Aufwertung gehört übrigens auch die kürzlich vom Stadtrat beschlossene Erhöhung der Wochenstundenzahl der Schulsekretärinnen, mit der die Arbeit der Schulleitungen unterstützt und die Erreichbarkeit der Schulen für Eltern deutlich verbessert wird; meines Wissens nach eine im Saarland in dieser Form bislang einmalige Maßnahme. Auch der zielführende Ausbau der Nachmittagsbetreuung im Bereich der Grundschulen wurde nicht vergessen; in den qualitativ hochwertigen Ausbau der FGTS im Bereich der Albert Weisgerber-Grundschule wird knapp eine halbe Million Euro fließen.

Darüber hinaus investieren wir unter Berücksichtigung Arbeitszeit-äquivalenter Öffnungszeiten für berufstätige Eltern gemeinsam mit den freien Trägern auch nochmals Millionenbeträge in den weiteren Ausbau der Kindertageseinrichtungen. Alles Maßnahmen, die den Eltern in St. Ingbert eine bestmögliche und qualitativ hochwertige Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen und die Attraktivität St. Ingberts in diesem Bereich über das bereits bestehende hohe Niveau hinaus steigern werden. Dazu gehört auch die dringend notwendige Aufwertung der Spielplätze; hier hat die Koalition den Ansatz der Stadtverwaltung massiv erhöht, um

genau zu sein: verzehnfacht; nun steht eine sechsstellige Summe zur Anschaffung neuer oder zum Austausch maroder Spielgeräte zu Verfügung. In den Kontext eines abwechslungsreichen Standortes für alle Generationen gehören natürlich auch die Musikschule, die Volkshochschule sowie die Stadtbücherei, in die ebenfalls Gelder fließen werden, beispielsweise zur Errichtung eines neuen EDV-Raums in der VHS, von Kinder- und Jugendecken in der Bücherei oder der Anschaffung neuer Musikinstrumente und Mobiliar für die Musikschule. Ebenso finden sich Mittel für die weitere Etablierung des Zukunftsprojektes MINTCampus inklusive des von der Initiative erbetenen Zuschusses für die Koordinierung der diversen Aktivitäten. Weiter werden die von der Koalition eingebrachten Maßnahmen zur barrierefreien Sanierung der Fußgängerzone sowie des Abrisses der alten Pizzabude am Eingang der Fußgängerzone im Bereich Blieskasteler Straße die Attraktivität der Innenstadt für unsere Bürger sichern und weiter anheben; davon werden gewiss auch die ansässigen Gewerbetreibenden profitieren.

Zusammen mit dem nun hoffentlich bald erfolgenden Einbau des Aufzuges in der Stadthalle geht es damit in Sachen Barrierefreiheit in St. Ingbert im Sinne von Senioren und Gehbehinderten endlich voran. Schließlich wurde auch an die vielen Hundert Vereine in St. Ingbert gedacht, in denen ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger unsere Heimatstadt mit unzähligen Angeboten bereichern und unbezahlbare gesellschaftliche Aufgaben übernehmen; auf Antrag unserer Fraktion wurden nach Jahrzehnten wieder einmal die Zuschüsse der Stadt an kultur- und jugendpflege-treibende Vereine erhöht.

Ebenso ist uns die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wichtig. Nachdem von der Koalition bereits im letzten Haushalt die Planungsmittel für das Gerätehaus der Freiwilligen Feuerwehr in Rohrbach verdoppelt wurden, finden sich nachdem nun endlich ein Standort gefunden ist, wie von der Koalition bereits vor zwei Jahren angekündigt in diesem Haushalt die Mittel für einen Neubau. Zudem hat die Mehrheitskoalition die von der Verwaltung vorgesehenen Mittel für das Gerätehaus in Oberwürzbach nochmals erhöht und damit den Weg für eine langfristige Lösung im Sinne der Feuerwehr freigemacht. Zusätzlich wird eine sechsstellige Summe in die Überwachung des Straßenverkehrs investiert, was insbesondere der Sicherheit unserer Kinder zu Gute kommen wird.

Bereits jetzt ist St. Ingbert eine der attraktivsten Wohnstädte im Saarland. Damit einher geht aber auch die Notwendigkeit zur weiteren Schaffung von Wohnraum in allen Preisklassen für Familien, Senioren und Singles. Die Schließung von Baulücken und Gebäudeleerstände sind wichtige Aufgaben, welche die Koalition als weiteren wichtigen Schwerpunkt der Kommunalpolitik in den nächsten Jahren identifiziert hat. Um die Attraktivität St. Ingberts als Wohnstadt zu stärken, wurden daher in einem ersten Schritt die Mittel für das bestehende Gebäude-Leerstandsprogramm um 20% aufgestockt; hier profitieren insbesondere Familien, die beim Erwerb von Wohnraum gefördert werden. Weiterhin wurden die Mittel zum Abriss von Leerständen mehr als verdoppelt. Damit verbindet die Koalition eine Kostenersparnis bei der Unterhaltung ungenutzter städtischer Liegenschaften mit der Schaffung neuen Wohnraums auf den freiwerdenden Flächen. Im Einklang mit dem für Ende des Jahres angekündigten gesamtstädtischen Konzept ein wichtiger Schritt zur dringend benötigten Schaffung von Wohnraum in unserer attraktiven Stadt.

Eine interessante Gesamtstadt ist für uns aber mehr als die Summe der einzelnen Stadtteile. Daher ist es für die CDU-Fraktion eine Selbstverständlichkeit, alle Stadtteile zu berücksichtigen, insbesondere, da viele Anliegen der Ortsräte keinen Niederschlag in der Verwaltungsvorlage gefunden hatten. Mein Dank geht an dieser Stelle ausdrücklich an die Ortsräte sowie die Ortsvorsteher, die in vielen Gesprächen auch dieses Mal mit Nachdruck die Interessen ihres jeweiligen Ortsteiles vertreten, aber auch nicht die finanzielle Lage der Stadt aus den Augen verloren haben. So finden sich in Rohrbach neben dem bereits erwähnten Feuerwehrgerätehaus unter anderem auch Investitionen in die nächste Ausbaustufe des Büro sowie Mittel für den vom Rohrbacher Ortsrat geforderten Fahrradweg entlang der Mühlestraße, Zuschüsse für das Sicherheitskonzept des Altrohrbachfestes sowie eine Teilsanierung des SV-Sportheimes. In Oberwürzbach ist neben dem erwähnten Feuerwehrgerätehaus das Mehrgenerationenhaus gesichert, in Rentrisch werden die schmerzlich vermissten Parkmöglichkeiten am Matschspielplatz geschaffen und in Hassel wird der Fröschenpfuhl saniert und aufgewertet.

Auch die Friedhöfe wurden nicht vergessen: die Mittel für die Anschaffung von Urnenwänden sowie des Wegeausbaus wurden deutlich erhöht.

Ebenso wird es weitere Investitionen in die bereits begonnene Aufwertung der grünen Lunge unserer Stadt, der Gustav-Clauss-Anlage, geben. Abschließend ist auch die grundlegende Sanierung des Ratskellers in der Stadthalle gesichert, um diesen mittelfristig wieder einer Verwendung zuzuführen. Sie sehen, es wird eine Menge passieren in St. Ingbert. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt sagte einmal: wer Visionen hat, solle zum Arzt gehen. Und obwohl ich seit langem ein großer Bewunderer von Helmut Schmidt bin, muss ich ihm da widersprechen. Politik ohne Visionen bedeutet Stillstand. Daher regen wir unter der Überschrift „St. Ingbert 2025“ eine Diskussion an mit dem Ziel, St Ingbert langfristig auf finanziell solide Füße zu stellen und gleichzeitig die Attraktivität und Lebensqualität der Stadt zu erhalten oder sogar weiter zu steigern.

Eine solche Diskussion ist aus unserer Sicht untrennbar mit einer grundlegenden Aufgabenkritik der städtischen Verwaltung verbunden, welche die finanziellen Rahmenbedingungen, den eingeschlagenen Konsolidierungskurs, weitere interkommunale Zusammenarbeit sowie die voraussichtliche demographische Entwicklung berücksichtigt. Oder, um es einmal salopp zu formulieren: auch die Verwaltung wird in Zukunft den Gürtel enger schnallen müssen; dem Stadtrat fortwährend Steuererhöhungen vorzuschlagen ist keine akzeptable Lösung. Dieser Prozess soll die Verwaltung hin zu einem effizient arbeitenden, leistungsfähigen „Bürgerdienstleister“ für die Zukunft entwickeln. Das von uns bereits beantragte Personalentwicklungskonzept ist ein erster Schritt in diese Richtung; darüber wird in den entsprechenden Gremien noch zu sprechen sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Fraktion und die von uns geführte Mehrheitskoalition sind sich ihrer Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt bewusst. Wie ich Ihnen soeben an diversen Beispielen dargelegt habe, trägt der Entwurf für den Haushalt 2017/18 wieder klar unsere Handschrift. Mit den von uns eingebrachten Änderungen berücksichtigt er alle Generationen und Bevölkerungsgruppen, die Gesamtstadt und die Stadtteile. Er legt unter äußerst schwierigen Rahmenbedingungen den Grundstein dafür, unser St. Ingbert auch in den kommenden Jahren auf finanziell belastbare Beine zu stellen, ohne auf Kosten der folgenden Generationen zu leben. Wir sind überzeugt, bei konsequenter Umsetzung der mit diesem Haushalt beschlossenen Maßnahmen wird unsere Heimatstadt ihre hohe

Lebensqualität nicht nur halten können, sondern noch attraktiver und noch lebenswerter werden. Oder um mit den Worten von Konrad Adenauer zu enden: <Wenn die anderen glauben, man ist am Ende, so muss man erst richtig anfangen>.“

Der Vorsitzende erteilt das Wort an den Fraktionsvorsitzenden Sven Meier von der **SPD-Stadtratsfraktion**.

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

wir haben heute Abend gehört, dass in einem schwierigen finanziellen Umfeld der städtische Haushalt erarbeitet wurde. Es wurde auf die fehlende Konnexität bei übertragenen Aufgaben von Bund und Land hingewiesen. Ferner gelten weiterhin die kommunale Schuldenbremse und ein Haushaltserlass, der nur eine sehr stark eingeschränkte Kreditaufnahme erlaubt.

Haushaltskonsolidierung ist zwar richtig. Sie darf aber nicht auf Kosten dringend erforderlicher Zukunftsinvestitionen geschehen.

Angesichts niedriger Zinsen und der im Vergleich zu anderen Gemeinden guten Finanzlage der Stadt ist ein investitionsorientierter Haushalt angezeigt, der die Zukunft und Attraktivität der Stadt sichert. Beispielsweise durch Investitionen in Ganztagsbetreuung und die Förderung bezahlbaren Wohnraums.

Vor diesem Hintergrund nochmals herzlichen Dank an alle Beteiligten in der Verwaltung, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in diesem schwierigen Umfeld den Haushaltsentwurf erarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt haben.

Im Folgenden möchte ich auf die Aspekte Bildung, soziales und kulturelles Zusammenleben und Infrastruktur näher eingehen:

Betreuung/ Bildung

Der Ausbau von Krippenplätzen und das Angebot von Kindergartenplätzen muss weiter eine starke Berücksichtigung im Haushalt finden um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu ermöglichen. Deshalb sind die baulichen Maßnahmen insbesondere an städtischen Einrichtungen

voranzutreiben, aber auch die Projekte der freien Träger.

Die SPD Stadtratsfraktion begrüßt außerordentlich die bauliche Erweiterung der städtischen KiTa Rohrbach mit über 920.000 EURO im Haushaltsjahr 2017 und den Umbau der ehemaligen Grundschule Rentrish zu einer Kindertageseinrichtung, für den 2,4 Mio. EURO im Doppelhaushalt veranschlagt sind.

Ferner wird ein Zuschuss an die protestantische Kirchengemeinde Hassel zur Einrichtung einer Krippe in der KiTa Sonnenblume mit knapp 240.000 EURO im Haushaltsjahr 2017 veranschlagt.

Für die bauliche Erweiterung der KiTa „Louise Scheppler“ in der Josefstalerstr. sind als Zuschuss an die protestantische Martin-Luther-Kirchengemeinde über 480.000 EURO im Haushaltsjahr 2018 festgelegt.

Aber nicht nur der Ausbau von KiTa-Plätze ist erforderlich, sondern auch eine Verlängerung der Öffnungszeiten, wie sie in anderen saarländischen Gemeinden schon angeboten werden. Davon konnten sich Mitglieder der SPD Stadtratsfraktion beim Besuch der Einrichtung Kinderland im Kreis Saarlouis selbst ein Bild machen. Dementsprechend wäre eine solche Verbesserung des Betreuungsangebots insbesondere an den städtischen vorschulischen Einrichtungen wünschenswert.

Die SPD Stadtratsfraktion hält es für richtig, mit den ersten erforderlichen Sanierungsmaßnahmen in Höhe von 580.000 EURO im Doppelhaushalt in der Rischbachschule zu beginnen, um diesen wichtigen Standort für Bildung und Sport im Nordwesten der Stadt St. Ingbert weiterzuentwickeln.

Der Beginn der Generalsanierung der Ludwigschule mit über 860.000 EURO im Doppelhaushalt bietet in der Zukunft die Chance einer Erweiterung und Verbesserung des schulischen Angebots in St. Ingbert in Richtung einer Gebundenen Ganztags-Grundschule.

Die weitere Finanzierung der Herrichtung des Laborgebäudes als Teil des Schülerforschungs- und -technikzentrums auf der Alten Schmelz ist im Doppelhaushalt 2017/ 2018 vorgesehen. Umso wichtiger ist es nun, dass zum Aufbau des MINT Campus die inhaltliche Arbeit und ein Netzwerk vorangetrieben werden. Die SPD Stadtratsfraktion hält deshalb die Teilfinanzierung der von der Initiative Alte Schmelz vorgeschlagenen Stelle für die Koordinierung und das Management der MINT-Förderung in St.

Ingbert und im Saarpfalz-Kreis für erforderlich.

Dies wird nicht nur zur Aufwertung des Bildungs- und Wirtschaftsstandorts St. Ingbert beitragen, sondern es wird auch ein Stück St. Ingberter Industriekultur in Wert gesetzt.

Soziales und kulturelles Zusammenleben

Die SPD steht für ein starkes soziales und kulturelles Zusammenleben in St. Ingbert.

Über viele Jahrzehnte hat St. Ingbert wichtige Standbeine im Kulturleben aufgebaut.

In diesem Doppelhaushalt 2017/ 2018 ist es gelungen, die kulturellen Veranstaltungen der Stadt St. Ingbert gut finanziell zu sichern und sogar auszubauen. Das Theater-Abo, die Kleinkunstwoche, die Reihe à la minute, das Jazz-Festival und die Kinowerkstatt können so weiterhin zu einem attraktiven Kulturangebot für die Bürgerinnen und Bürger St. Ingberts und darüber hinaus beitragen. Wir freuen uns, wenn die Kinowerkstatt als einziges kommunales Kino im Saarland ihre vorbildliche Arbeit in einem angemessenen Ambiente in der Neuen Baumwollspinnerei fortsetzen wird.

Die erforderlichen Investitionen zur Realisierung der Neuen Baumwollspinnerei, einem Projekt mit überregionaler Ausstrahlung, werden weiterhin von der SPD Stadtratsfraktion kritisch begleitet.

Für die Stadt- und Dorffeste in allen fünf Stadtteilen finden die steigenden Aufwendungen im Doppelhaushalt ihren Niederschlag.

Die SPD St. Ingbert setzt sich für eine menschenwürdige und humane Unterbringung von Flüchtlingen in St. Ingbert ein. Die Flüchtlingsbewegungen erfordern unsere Solidarität mit Menschen, die aus Krisengebieten nach St. Ingbert kommen. Die Aufnahme und die Unterbringung von Flüchtlingen sind Aufgaben, zu denen der Bund, das Saarland und der Saarpfalz-Kreis entsprechend beizutragen haben.

Wir sagen Dank an die Stadtverwaltung, insbesondere an die Stabsstelle Integration, dass zum einen die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen unter Einbeziehung der dankenswerterweise ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürger gelungen ist. Und zum anderen, dass es

gelingen ist, gezielt den städtischen Wohnungsbestand zu erweitern und zu erneuern.

Zu einem sozialen Zusammenleben gehört die Förderung und Sicherung des Ehrenamts in den Vereinen und darüber hinaus.

Hierzu werden nach Beschluss des Stadtrats im Haushalt die Mittel der Ortsräte zur Förderung kultureller Vereine und jugendpflegetreibender Vereine erhöht.

Hervorzuheben ist der Neubau eines Gemeinschaftshauses in Oberwürzbach, dessen Finanzierung durch Landeszuweisungen gesichert ist.

Viele Bürgerinnen und Bürger und St. Ingberter Vereine beklagen sich darüber, dass der Ratskeller weiterhin geschlossen ist. Für die SPD Stadtratsfraktion gehört eine Gastronomie zur notwendigen Infrastruktur einer herausragenden Veranstaltungsstätte, wie sie die Stadthalle darstellt. Die im Doppelhaushalt festgelegte Verpflichtungsermächtigung für 2019 in Höhe von 200.000 EURO zur Grundsanierung des Ratskellers sollte Ansporn sein, so schnell wie möglich einen geeigneten Pächter zu suchen.

Die Freiwilligen Feuerwehren in allen Stadtteilen nehmen ein besonderes Ehrenamt wahr. Dementsprechend unterstützt die SPD Stadtratsfraktion die wichtige Tätigkeit der Feuerwehren für alle unsere Bürgerinnen und Bürger.

Neben der Sanierung des Feuerwehrgerätehauses St. Ingbert-Mitte in Höhe von 140.000 EURO findet sich im Doppelhaushalt 2017/ 2018 auch die Finanzierung des dringend erforderlichen Neubaus des Feuerwehrgerätehauses in Rohrbach in Höhe von 2,4 Mio. EURO.

Die SPD Stadtratsfraktion befürwortet die vom Ortsrat Oberwürzbach vorgeschlagene Mittelerhöhung zum Umbau und zur Erweiterung des dortigen Feuerwehrgerätehauses.

Die von der SPD initiierte Diskussion der städtischen Überprüfung des fließenden Straßenverkehrs, anfänglich in Form starrer Blitzer-Säulen, mündete nach einer ausgiebigen Abwägung in der Anschaffung einer mobilen Geschwindigkeits-Messanlage. Die Stadtverwaltung hat somit die Möglichkeit, schnell und individuell auf die jeweiligen Hinweise aus der

Bürgerschaft zu überhöhten Verkehrsgeschwindigkeiten oder Gefahrenstellen zu reagieren.

Wirtschaft/ Infrastruktur

Die Betreuung der Unternehmen, das Anwerben von Fachkräften und der Dialog mit allen Beteiligten in der St. Ingberter Wirtschaft sind für eine positive Entwicklung des Wirtschaftsstandorts erforderlich.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung auf dem Drahtwerk Nord Areal und im Gewerbegebiet Kléber hält die SPD Stadtratsfraktion die Sicherung und Bereitstellung weiterer Gewerbe- und Industrieflächen für geboten.

Unbestritten hat St. Ingbert Bedarf, sich nicht nur als Stadt zum Arbeiten, sondern auch als Stadt zum Wohnen weiterzuentwickeln, um für weiteren Zuzug, insbesondere von jungen Familien, attraktiv zu sein. Ziel einer nachhaltigen Stadtplanung ist für die SPD, sinnvolle Lösungen zwischen dem Bedürfnis nach Grünflächen und dem Bedarf an modernen, flächen- und energiesparenden sowie bezahlbaren Wohnungen zu entwickeln.

Mit den im Haushalt eingestellten Mitteln zur Stadt- und Bauleitplanung sollten Grundlagen erarbeitet werden, auf deren Ergebnissen dann im Stadtrat zukünftig sachorientierte Entscheidungen in Bezug auf Industrie-, Gewerbe- und Wohnbauflächen getroffen werden.

Eine gute Infrastruktur ist ein wichtiger Standortfaktor für Betriebe und ihre Beschäftigten.

Zur Beseitigung des schlechten Zustands der Straßen in allen Stadtteilen sind in jedem Haushaltsjahr 2017 und 2018 über eine Mio. EURO festgelegt. Der Aufwand für Unterhaltung und Bewirtschaftung von Straßen, Wegen und Plätzen erhöht sich somit gegenüber dem Haushaltsjahr 2015 um jährlich ca. 460.000 EURO.

Mit den vorgesehenen Maßnahmen, die vom Landesbetrieb für Straßenbau zusammen mit der Stadt angegangen werden, sind Verbesserungen in der Spieser Landstraße zu erwarten. Die SPD Stadtratsfraktion wird im kommenden Jahr darauf drängen, dass der im Haushaltsjahr 2019 vorgesehene Bau eines Kreisverkehrsplatzes in der Spieser Landstraße zügig angegangen wird.

Der Ingo-Bus leistet einen wichtigen Beitrag zur Attraktivität der Stadt.

Auch die SPD Stadtratsfraktion sieht hier weiteren Verbesserungsbedarf des Busangebots, wie es intensiv im zuständigen Verkehrsausschuss diskutiert wurde.

In jedem Haushaltsjahr 2017/ 2018 ist die Erhöhung des Zuschusses an die Stadtmarketing gGmbH um 10.000 EURO veranschlagt.

Ab dem Haushaltsjahr 2018 wird das CityCommitment des Vereins Handel & Gewerbe mit 5.000 EURO unterstützt. Die SPD Stadtratsfraktion kann sich mittel- und langfristig eine stärkere Förderung des CityCommitments vorstellen, aber zunächst sollte das Projekt Zug um Zug entwickelt werden. Erforderlich ist eine gemeinsame Strategie aller Beteiligten, also der Einzelhändler, von Handel & Gewerbe, Stadtmarketing gGmbH und der Wirtschaftsförderung der Stadt.

Alle diese Bausteine der wirtschaftsnahen Infrastruktur tragen dazu bei, dass weiterhin Unternehmen, die auf Qualität und Innovation setzen und gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen, hier in St. Ingbert tätig werden.

Finanzen

Vor wenigen Jahren hat die Industrie- und Handelskammer die Unterfinanzierung der saarländischen Kommunen kritisiert.

Der Saarländische Städte- und Gemeindetag weist daraufhin, dass sich die kommunalen Sanierungsbeiträge für den Landeshaushalt auf die finanzielle Situation der saarländischen Städte und Gemeinden auswirken. Unter Berücksichtigung weiterer Beiträge sei so in den letzten zwölf Jahren ein Betrag von über 600 Mio. EURO zusammengekommen.

Ziel der städtischen Haushaltspolitik unter solchen finanziellen Bedingungen kann dennoch nicht sein, durch Sparen St. Ingbert zu einer bewegungslosen und unattraktiven Stadt zu machen. Für die SPD Stadtratsfraktion ist das Wichtigste, dass wir durch Investitionen der nächsten Generation gute KiTas, gute Schulen, eine sichere Umwelt und eine gute Infrastruktur bereitstellen.

Der vom Oberbürgermeister vorgelegte Haushaltsplan 2017/ 2018 sieht eine Erhöhung des Hebesatzes für die Grundsteuer B ab 2018 von 460 % auf 525 % vor. Diese Erhöhung um 14 % führt zu einer Mehrbelastung der

St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger von mehr als 940.000 EURO pro Jahr. Bereits im Jahr 2016 wurde der Hebesatz der Grundsteuer B um 12 % erhöht.

Mit dem vorgeschlagenen Hebesatz von 525 v.H. wird die Stadt St. Ingbert den durchschnittlichen bundesweiten Hebesatz weit überschreiten (464 v.H.; Stand 2016; Stat. Bundesamt) und wird dann hinter dem Hebesatz der vergleichbaren Mittelstadt Völklingen (565 v.H.; Stand 2017) mit an der Spitze der saarländischen Grundsteuer-Hebesätze liegen.

Durch diese Erhöhung der Grundsteuer wird eine Altersvorsorge in Form von Wohneigentum insbesondere bei einer alternden Bevölkerung schwer belastet. Diese Belastung trifft nicht nur die Hausbesitzer, sondern im Wege der Umlegung von Kosten auch die Mieter! Das passt mit dem politischen Ziel, mehr bezahlbaren Wohnraum für junge Familien zu schaffen, nicht zusammen. Gewerbliche Vermieter oder Betriebe können dagegen ihre Belastung steuerlich geltend machen, was die soziale Unwucht dieser Maßnahme verstärkt. Die SPD Stadtratsfraktion sieht sich durch die wiederholte unverhältnismäßige Erhöhung der Grundsteuer in ihrer Position bestärkt, diese strikt abzulehnen.

Während St. Ingbert bei der Belastung durch die Grundsteuer landesweit eine Spitzenposition einnimmt, soll der Hebesatz für die Gewerbesteuer der niedrigste bleiben. Dabei würde bereits eine Anhebung um weitere 12 %-Punkte (von 390 %-Punkte auf 402 %-Punkte) zu entsprechenden Verbesserungen im Haushalt der Stadt führen. St. Ingbert behält dabei auch weiterhin landesweit eine der geringsten Gewerbesteuer-Hebesätze!

Wir werben für diesen Weg zur Verbesserung der Einnahmesituation der Stadt auf allen Seiten um Verständnis. Auch bei den Betroffenen: Durch die Entwicklung von Gewerbe- und Industrieflächen, von einer intakten städtischen Infrastruktur, einer guten Kinderbetreuung, einem attraktiven Kultur- und Bildungsangebot, zuverlässigen Buslinien und gepflegten Freizeitangeboten profitieren schließlich die Betriebe und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Bürgerinnen und Bürger der Stadt St. Ingbert erwarten, dass die Stadt, für die die Bürgerinnen und Bürger Steuern zahlen, kompetent verwaltet wird.

Für die SPD ist wichtig, dass wir weiterhin eine starke, effektive

Verwaltung haben, die eine zuverlässige Ansprechpartnerin ist für unsere Bürgerinnen und Bürger, wie auch für die Wirtschaft in St. Ingbert.

Die SPD wird auch weiterhin auf eine konstruktive, am Gemeinwohl orientierte Kommunalpolitik hinwirken.

Die SPD steht für ein starkes, soziales und zukunftsfähiges St. Ingbert, das sich im Wettbewerb behaupten muss, das zum Wohnen, Arbeiten und Leben in St. Ingbert und seinen Stadtteilen einlädt. In diesem Sinne verstehen wir diesen Doppelhaushalt.

Wir beantragen daher, von der Erhöhung des Grundsteuer-Hebesatzes abzusehen. Stattdessen beantragen wir eine weitere Erhöhung des Hebesatzes der Gewerbesteuer auf 402 Hebesatzpunkte.

Unter dieser Maßgabe wird die SPD Stadtratsfraktion dem vorgelegten geänderten Doppelhaushalt 2017/ 2018 zustimmen. Für den Fall der Ablehnung unseres Antrags wird sich die SPD Stadtratsfraktion enthalten. Vielen Dank."

Der Vorsitzende erteilt das Wort nun an den Fraktionsvorsitzenden Roland Körner von der **FAMILIEN-Stadtratsfraktion**.

"Sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe St. Ingberterinnen und St. Ingberter,

Sie wissen alle, dass es wahr ist, wenn ich sage, Steuern zu erhöhen löst keine Begeisterungstürme aus. Genau das, war auch sehr lange in den Besprechungen und Beratungen zum aktuellen Doppelhaushalt unsere Position. Einhellig war die Meinung und Arbeitshypothese in der Fraktion der Familien-Partei: man kann nicht stetig die Steuern erhöhen. Im Haushaltsentwurf bittet die Verwaltung aber genau darum. Gewerbesteuer, aber auch die Grundsteuer zu erhöhen. In Debatten wurde erklärt: es sei die ultima ratio. Es sei alternativlos. Alle Möglichkeiten der Gebühreneinnahmen seien ausgeschöpft. Die geplanten Ausgaben übersteigen die Einnahmen. Ein weiter so zehre die städtische Liquidität sehr bald auf. Kassenkredite zum Bewältigen von Verwaltungsaufgaben wären dann die Folge.

Kassenkredite.

Sie wissen alle auch, dass es wahr ist, wenn ich sage, Politik zu Lasten künftiger Generationen zu machen ist unfair und einfach nicht generationengerecht. Dies war immer Position der Familien-Partei. Kassenkredite wären Politik zu Lasten künftiger Generationen. Einige Feinschmecker in Sachen Haushalt würden darüber hinaus erkennen, dass Kreditaufnahmen natürlich sukzessive eine Belastung im Ergebnishaushalt darstellen. Tilgung und Zinszahlung belasten den Haushalt. Eine Spirale, die zunehmen würde.

Eine Wahrheit für uns als Kommunalpolitiker ist aber auch: das Schreckgespenst Kassenkredite, schreckt sie als Bürger unterm Strich eher weniger. Nur die wenigsten würden aufmucken. Der Alltag ginge weiter, und außer dem Kämmerer hätte kaum einer Schmerzen. Öffentliche Schulden tun einfach nicht weh. Sie mindern aber die wenigen, eigenen Gestaltungsspielräume.

In diesem Doppelhaushalt müssten wir nach einem Erlass der Landesregierung vor Kassenkrediten ohnehin die eigene noch vorhandene Liquidität aufzehren. Eine Perspektive ist das aber nicht, sondern es wäre ein Leben über unseren Verhältnissen.

Denn es bleibt dabei, die städtischen Ausgaben sind größer als die städtischen Einnahmen.

Dies ist ein Sachverhalt, den man nachvollziehen kann. Vom Grundprinzip bleiben 2 mögliche Handlungsweisen:

- (1) Man erhöht die Einnahmen
- (2) Man senkt die Ausgaben

Auf der Einnahmenseite möglich sind Steuern. Die Wahrheit an der Steuererhöhung aus Sicht des Bürgers ist: geht ganz schnell und tut den Kommunalpolitikern nicht weh, ist also politisch ein leichter und schneller Griff in die Instrumentarienliste. Die Wahrheit an der Grundsteuer ist, sie liefert die exakteste Einnahmequelle der Stadt. Damit kann man genau kalkulieren. Anders als Gewerbesteuer, Hundesteuer, Pferdesteuer, Zweitwohnsitzsteuer, Bettensteuer, was auch mögliche Steuerarten in eigener Hand wären - auch Parkplatzgebühren könnten die Einnahmen verbessern. Unsere Arbeitshypothese war nach Blick auf die Einnahmenseite aber weiterhin : keine Grundsteuererhöhung!

Also schauten wir uns die Ausgabenseite an. Auf der Ausgabenseite gibt es insbesondere 4 Aspekte zu beachten:

Der Haushalt besteht in Oberbegriffen aus Personalaufwand, Kreisumlage, Pflichtaufgaben im weitesten Sinne und echten freiwilligen Leistungen.

Mit Personalaufwand und Kreisumlage in etwa 21 und 29 Mio. EUR sind 2/3 des Haushalts schon mal weg. 21 und 29 Mio. EUR in wenigen Sekunden benannt. Beide Posten bewegen sich seit Jahren stetig nach oben.

Selbst wenn ich alles andere im Haushalt konstant halte, stehe ich allein wegen dieser beiden Positionen in allen Haushaltsberatungen wieder vor der Frage: Steuererhöhung nicht ob, sondern um wieviel! Zurückzuführen auf Personalaufwand und Kreisumlage!

Jetzt kann man natürlich sagen, Herr Oberbürgermeister. Es ist Ihre Verwaltung, es sind Ihre Mitarbeiter. Was wollen Sie denn tun, um die Sachkosten in den Griff zu kriegen und Personalkosten nicht weiter steigen zu lassen bzw. perspektivisch zu senken. Wo ist Ihr Beitrag als Lenker der Verwaltung, ehe ich den Bürger nach Ihrem Vorschlag zur Kasse bitten will?!

Von Koalitionsseite war dieser Aspekt durch verschiedene Anträge flankiert: Wie in jedem Betrieb Usus wäre ein vierteljährliches Berichtswesen zu Ressourcen, Finanzdaten und Stand der Projekte hilfreich. Die ist leider nicht umgesetzt. Die 5 % - Sparvorgabe bei den Sachkosten über alle Bereiche aus dem letzten Doppelhaushalt fand sich in den Haushaltsansätzen zumeist leider auch nicht wieder. Hier hätte es einer steuernden Hand bedurft.

Wie ebenfalls in Betrieben Usus ist eine Personalentwicklungskonzeption überfällig. Auch hierzu brachte die Koalition Anträge ein. Wir sind aber auch hier noch keinen Schritt weiter.

Wenn man dann im Haupt- und Personalausschuss auch nur hinterfragt, ob ein Stellenanbau wirklich erforderlich ist, - ich betone StellenANbau. wird das als Affront verstanden und man erntet den Hans Wagner – Gedächtnissatz <so geht das jetzt schon seit 3 Jahren>.

Wie von Landesseite gefordert, ist die interkommunale Kooperation ein Hebel um Synergien zu nutzen. Beispielsweise wäre die Beschaffung kreisweit zentralisierbar. Auch bestimmte Funktionsbereiche könnten

weiterentwickelt werden, z. B. könnte aus der Stadtbücherei eine Biosphärenbücherei werden. Eine bestmögliche interkommunale Kooperation wäre auch der beste Schutz vor einer Gebietsreform. Auch hier sind die Ansätze im Wesentlichen über Prosa nicht hinausgekommen. Aber und das will ich bei allem Chic zur interkommunalen Kooperation deutlich sagen und zugestehen. Rein aus effizienter Verwaltungstätigkeit lassen sich letztlich keine Unsummen einsparen. Landauf landab wird zwar das Märchen erzählt, dass das Zusammenlegen von Verwaltungseinheiten wahnsinnig Geld spare. Doch die Stimmen, die sagen, dass die Synergien daraus überschaubar sind, mehren sich. Interkommunale Kooperation ist nicht das haushalterische Allheilmittel und dennoch notwendig zu tun. Insofern ist ein so richtig erlebbarer Sparwille der Verwaltung für uns nur schwer ablesbar.

Fakt ist: Stand heute ist ein Einsparprogramm der Verwaltung nicht vorhanden. Voraussetzung dafür wäre eine steuernde Hand in der Verwaltung und vor allem ein Zusammenwirken von Verwaltungsspitze, Verwaltung und Rat. Der fehlende Einsparwille hilft uns als Feierabendpolitiker hier und heute in unserer verantwortungsvollen Entscheidung um Einnahmen und Ausgaben nicht. Die Familien-Partei mahnt für die Zukunft an: Sinnvoll und signifikant die Sachkosten zu senken, Synergien im eigenen Personalwesen zu heben und den Weg der interkommunalen Kooperation deutlich aktiver und engagierter zu gehen – gemeinsam mit Verwaltungsspitze, Verwaltung und Rat.

Ein Stück weit stellt sich mit Blick auf eine Verwaltungsreform in gesellschaftlicher Verantwortung dabei auch die Frage: Ist uns die Dienstleistung der Verwaltung in menschlicher Arbeitsleistung etwas wert und wollen wir uns das leisten oder stimmen wir in den Digitalisierungs- und Automatisierungshype frühzeitig und mit hohem Tempo ein. Die Familien-Partei hat sich hier klar positioniert: uns ist die menschliche Arbeitsleistung der Verwaltung mehr wert.

Ausgabenseitig also nochmal die Blöcke: Personalaufwand, Kreisumlage, Pflichtaufgaben im weitesten Sinne und echte freiwillige Leistungen. Je nachdem wie ich die Trennlinie ziehe ist im Haushalt das Gros der Positionen dem Grundsatz nach exogen. Personalaufwand, Kreisumlage und die Pflichtaufgaben. Diese decken ungefähr 70 der 75 Mio. Haushalt.

Wenn wir unterstellen, dass immer auch etwas Spielraum für freiwillige Aufgaben bestehen sollte, was einer Kommunalen Selbstverwaltung durchaus entspricht, dann bedeutet dies aus Sicht der Familien-Partei, dass eine Kommune im Saarland und damit auch St. Ingbert strukturell nicht aufgabenorientiert ausfinanziert ist. Die Kommunalpolitik beschäftigt sich damit regelmäßig aus strukturellen Gründen mit einem Defizit. Was könnte eine Lösung sein? Nun: eine landesweite Vermögenssteuer würde den Kassen der Kommunen zu Gute kommen. Eine landesweite Vermögenssteuer könnte den St. Ingberter Haushalt solide finanzieren. Dies haben wir aber kommunal nicht selbst in der Hand.

Bleibt der Umgang mit den freiwilligen Leistungen. Wir reden also beispielsweise über kulturelle Veranstaltungen wie Pfanne, Jazz-Festival, Stadtbücherei, Musikschule, Stadtfeste oder soziale Leistungen wie Kita-Zuschuss oder ÖPNV-Zuschuss für Schüler. Kann man hier mit dem Rotstift rangehen? Könnte man schon! Mit keiner Silbe war es dem St. Ingberter Bürger aber kommuniziert worden, dass dies eine Richtung der Kommunalpolitik in dieser Ratsperiode sein könnte. Für uns als Familien-Partei war im Haushalt daher die prioritäre Richtung: wir halten das öffentliche Angebot an Leistungen stabil! Keine Einschnitte am städtischen Leistungsportfolio.

Ob vom Grundsatz her Einschnitte am Angebot oder Steuererhöhungen der richtige Weg sind, wäre eine Fragestellung, die aus unserer Sicht geeignet wäre in einer Bürgerbefragung beantwortet zu werden. Wie dargestellt: Die Problemstellung bleibt! Und nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt.

Fassen wir zusammen: Kassenkredite ungerecht, Sparvolumen im Verwaltungsbereich nicht vorbereitet, Streichungen am öffentlichen Angebot nie kommuniziert, größere Teile im Haushalt exogen und unterfinanziert. Es bleibt daher im Jahre 2017 aus unserer Sicht tatsächlich nur der Weg der Bitte der Verwaltung nach Steuererhöhungen zu folgen. Eine Verwaltung ist kein Selbstzweck, sondern bietet dem Bürger ein Angebot. Umgekehrt ist jeder Bürger Infrastrukturnutzer der Stadt. Wenn am Markt jede Dienstleistung und jedes Produkt regelmäßig teurer werden, folgt am Ende auch das öffentliche Portfolio.

Wenn ein Bäckermeister bei gleichem Backwarenangebot von Zeit zu Zeit die Preise erhöhen muss, ist das nicht schön aber marktgerecht. Wenn eine Verwaltung bei gleichem öffentlichen Angebot von Zeit zu Zeit die

Preise erhöhen muss, ist auch dies nicht schön, nennt man aber Steuererhöhung.

Klar - ein einfaches Nein zur der Verwaltungsbitte ginge theoretisch auch. Nach Auffassung der Familien-Partei würden wir uns als Stadt in allen Folgewirkungen aber der Lächerlichkeit preisgeben. St. Ingbert steht u.a. nur deshalb im Vergleich zu den anderen saarländischen Kommunen so gut da, weil die Kommunalpolitiker auch in früheren Jahrzehnten ihrem Kämmerer in dieser Frage frühzeitig gefolgt sind.

Weil wir unsere Hausaufgaben aber gut machen, sollte es der Landesregierung etwas wert sein. Es ist im Vergleich zu den anderen Kommunen nicht vermittelbar, dass wir als Kommune, die den eigenen Gestaltungsspielraum erhalten kann von allen Regelungen in Sachen Haushalt am meisten benachteiligt sind. So sind wir als Stadt gezwungen, unser Vermögen aufzubrechen, weil wir nur Kredite gemessen an unseren Schulden aufnehmen dürfen. Im Klartext heißt das, die Kommune, die wenig Schulden hat so wie St. Ingbert, darf nur wenig Kredite aufnehmen. Die Kommune, die in Schulden ertrinkt, darf mehr Kredite aufnehmen. Letztere Kommune würde im Privatleben wegen Überschuldung in die Insolvenz gehen. Die erstere dagegen ginge auch pleite, weil sie kein Geld für nötige Investitionen aufbringen kann. Hier läuft aus Sicht der Familien-Partei etwas schief. Den Ball spielen wir in dieser Frage unserem Koalitionspartner zu, hier in ihren Reihen in Saarbrücken tätig zu werden und noch ein paar Gelder loszueisen.

Kommen wir auf einzelne Aspekte der inhaltlichen Weichenstellung in diesem Haushalt zu sprechen.

Zunächst möchte ich kurz noch ein Erfolgsmodell erwähnen, das uns in diesem Haushalt keine Belastungen mehr beschert. Ich rede vom Abfallbewirtschaftungsbetrieb St. Ingbert. Weil es ihn gibt, sind die Ausgaben im Haushalt niedriger als sie es wären, wenn es den Abfalleigenbetrieb nicht gäbe. Hier bleiben wir zudem zuversichtlich, dass reduzierte Gebühren die Wirkungen der Grundsteuererhöhung in sehr häufigen Fällen kompensieren werden.

Trotz aller schwierigen Rahmenbedingungen, lässt sich dennoch mit Investitionen in richtige Projekte immer noch etwas gestalten. Für uns stand ganz oben auf der Prioritätenliste. Bildung als einzig förderbarer

Rohstoff, den wir haben. Dieser Haushalt musste ein klares Signal in die Bildungs- und Betreuungslandschaft der Stadt setzen. Dies tut er und dies ist aus unserer Sicht gelungen.

Die sanierungswürdigen Schulen wurden in Angriff genommen und die Sanierungsprojekte sind weiter finanziert. Bauliche Investitionen in zweistelliger Millionenhöhe in die Ludwig- und Rischbachschule, Investitionen in Schulausstattung (z.B. für Beamer, Laptops oder Smartboards) waren uns wichtig. Auch Investitionen in die ganztägige Betreuung der Schülerinnen und Schüler nehmen an Notwendigkeit zu und mussten und werden getätigt werden. Wenn es nach außen oftmals heißt in St. Ingbert ist die Politik zerstritten, so muss man sagen, dass in dieser Frage Einigkeit herrscht.

Zum Bildungsstandort gehört nach unserem Dafürhalten aber auch die Musikschule, die Volkshochschule und im weiteren Sinne die Stadtbücherei. Auch hier werden die erforderlichen Investitionen erfolgen z.B. in einen neuen EDV-Raum in der VHS, Instrumente und Mobiliar für die Musikschule oder Kinder- und Jugendecken in der Bücherei. Das Angebot bleibt hier erhalten und soll im Falle der Musikschule in Sachen „Variabler Unterricht“ erst noch richtig Fahrt aufnehmen.

Ein wichtiges Thema, auch im Wahlkampf versprochen war die Flexibilisierung der Kita-Öffnungszeiten. Die Familien-Partei hat hier die erforderlichen Vorbereitungen in Auftrag gegeben und Gelder im Haushalt eingebracht, um die Öffnungszeiten der städtischen Kitas an den Randzeiten ausdehnen zu können. Bei allem Blick ausschließlich auf das Wohl des Kindes, vielleicht eine Wunschvorstellung der Familien-Partei, leben aber Menschen in unserer Stadt, die diese flexiblen Betreuungsangebote und Betreuungszeiten brauchen und denen werden wir gerecht.

Der Weg der Sanierung der Kita-Einrichtungen und des Ausbaus der Krippenplätze wird mit diesem Haushalt ebenso millionenschwer fortgesetzt. Das Ziel bleibt klar: jedem Kind dieser Stadt nach dessen Bedarf einen Krippen- und Kitaplatz anbieten zu können. Dass die Finanzierung dieser Maßnahmen ehemals paritätisch verteilt auf freie Träger einerseits und der Stadt auf der anderen Seite in ein Missverhältnis geraten ist, gehört zur Wahrheit und muss man zur Kenntnis nehmen. Die

massive Verschiebung zu Lasten der Stadt St. Ingbert, bedeutet eine zusätzliche Belastung des städtischen Haushalts. Bessere Verhandlungsergebnisse durch den Verwaltungschef, z.B. in Sachen Kita St. Konrad hätten hier Erleichterungen im Haushalt gebracht. Die Koalition setzt mit dem Schwerpunkt in der Bildungs- und Betreuungslandschaft ein klares Signal in Richtung Zukunft.

Eine weitere hohe Priorität hat für die Familien-Partei eine attraktive Innenstadt und da zuvorderst eine attraktive Fußgängerzone als Anlaufstelle für Jung und Alt. Die Stadt St. Ingbert läuft in der Instandhaltung ihrer Infrastruktur hinterher. Ob Kanäle, Straßen, Schulen. Überall wurde es verpasst frühzeitig tätig zu werden. Immer war anderes wichtiger.

Die Fußgängerzone ist so gemessen noch in etwas besserem Zustand. Mit ihrem Charme und Flair ist sie ein Markenzeichen unserer Stadt. Wenn wir die Innenstadt attraktiv erhalten wollen (oder auch wieder dahin kommen wollen), können wir es uns nicht leisten zu warten bis auch hier ein gänzlich maroder Zustand erreicht ist. Daher ist es jetzt Zeit zu handeln. Jetzt für St. Ingbert, für seine Bürgerinnen und Bürger und für die Geschäftsleute. Ein Anfang hierzu ist in diesem Haushalt gemacht. Mit Haushaltsresten steht in etwa eine halbe Million hierfür bereit. Und wer Zweifel hat, dass es völlig richtig ist hier anzusetzen, der schaue sich die Fußgängerzone einmal genau an und gehe mit offenen Augen hindurch. Wieviel Teer verdrängt da schon das Flair?

Beharrlich haben wir als Familien-Partei hier die letzten 2 Jahre in Anträgen neue Ideen eingebracht aber auch uralte wieder aufgegriffen. Eines wird sicherlich neu und notwendig sein: Flair erhalten und Barrierefreiheit schaffen. Barrierefreiheit nicht nur durch Beseitigung von Holprigkeiten, sondern im besten Falle durch barrierefreien Eingang in die Geschäfte und Lokale. Die Fußgängerzone soll attraktiv bleiben für jung bis alt. Für Kinderwägen über Rollatoren bis hin zu Rollstühlen muss es weniger beschwerlich möglich sein, die Fußgängerzone zu nutzen. Wir hegen die Hoffnung, dass sich hierfür noch Fördergelder akquirieren lassen. Aus einer halben Million mach 2 – 3 Millionen - das ist das Ziel. Von Süden her wollen wir zudem im Bereich Blieskasteler Straße das Entrée zur Fußgängerzone neu schaffen und dafür die alte Pizzabude abreißen.

Zu den baulichen Maßnahmen auf der einen Seite, freuen wir uns und unterstützen den Impuls von Handel und Gewerbe zum City-Commitment von Politik und Kaufmannschaft. Aus diesem zarten Pflänzchen des Wiederauflebens unserer Innenstadt müsste es nach Auffassung der Familien-Partei am Ende zu einem City-Management gereichen. Im letzten Doppelhaushalt schoben wir in diese Richtung an. Doch im Dreiklang von Politik, Verwaltung und Kaufmannschaft war die Zeit noch nicht gekommen. Auch hier müssen alle drei zusammenwirken, damit am Ende was Gutes gelingt.

Neben diesen beiden Schwerpunkten kann und muss der eingeschlagene Weg zur Aufwertung der Gustav-Clauss-Anlage und der Entwicklung der Rohrbachachse seine Fortsetzung finden. Während in der Gustav-Clauss-Anlage wiederum die Generationen zusammenfinden sollen, was in Projekten wie Wasserspielplatz, Veranstaltungspavillon, Kiosk oder Sanitärbereich zum Ausdruck kommt, geht es bei der Entwicklung der Rohrbachachse darum, St. Ingbert auch entlang des offen gelegten Baches fuß- und fahrradläufig in einer durchgängigen Wegebeziehung von Ost nach West zu entwickeln. Ein dauerhafter Radweg entlang der Mühlstraße gehört als Teilprojekt zu dieser Idee. Bei beiden Projekten - Gustav-Clauss-Anlage und Entwicklung der Rohrbachachse - wurden mit dem letzten Haushalt die Grundsteine gelegt. Nun muss es weitergehen. An Geldern wird es nicht mangeln. Diese sind bereitgestellt. Der Bereich der Naherholung wird mit Geldern zur Aufwertung des Fröschenpufhs abgerundet.

In den Sommerferien hatten wir als Fraktion die Spielplätze der Stadt inspiziert. Nach einhelliger Meinung war der Spielplatz in Oberwürzbach der große Gewinner. Bei allen anderen bestand aus unserer Sicht Handlungsbedarf, teilweise deutlich. Jetzt haben wir in St. Ingbert zwar SAP in der Stadt aber leider keinen Dietmar Hopp, der mit seiner Stiftung und einem Programm <a la Hopp> nicht einfach nur Spielplätze sanierte, sondern diese richtig zu lokalen Gemeinschaftszentren, kleinen Oasen innerhalb der Bebauung und damit zum lokalen Treffpunkt für Jung und Alt ausgebaut hat. Diesen Trend wollen wir mitnehmen. Uns ist die Sanierung der Spielplätze daher einen sechsstelligen Betrag wert.

Beim Begrüßungsgeld für Neugeborene wollen wir eine Veränderung

vornehmen. 200 EUR sollen hier pro Kind in Ingotaler an die Eltern gezahlt werden. Waren wir bei Einführung des Ingotalers bekannt konstruktiv kritisch, hatte dies nichts mit einer Regionalwährung per se zu tun, sondern mit der Konzeption. Der Währung fehlt im Großen und Ganzen ein Anreiz, sie zu nutzen. In einem nächsten Schritt wollen wir nun Geld ins System geben. Bereits annähernd 100 Kaufleute akzeptieren den Ingotaler. Hier halten wir das Begrüßungsgeld mit dem erhöhten Volumen auch mit der Zielgruppe junger Familien für den richtigen Ansatz. Eine weitere Entwicklung hin zu einer echten Regionalwährung gilt es zu unterstützen, auszubauen, und könnte der Stadt auch im Sozialhaushalt helfen. Mit dieser Maßnahme unterstützt das Begrüßungsgeld nicht nur junge Familien, sondern zugleich die teilnehmende Kaufmannschaft der Stadt.

Auch die Wohngebiete und deren Entwicklung behalten wir im Auge. Leerstandsreduzierung und Baulückenschluss haben für uns höhere Priorität. Aus diesem Grund weisen wir auf ein Gebäudeleerstandsprogramm hin, das um 20 % in diesem Haushalt aufgestockt wird. Ein Anfang. Ein Altbauinwertsetzungskonzept ist aus unserer Sicht Aufgabe der nächsten Jahre. Nach unserer Auffassung war und ist es richtig, die Stadthalle im Hinblick auf die zu sanierenden und modernisierenden Schritte komplett zu beplanen. Das Ganze ist derzeit in der Mache. Ergebnisse sollen in den nächsten 3, 4 Monaten vorliegen. Daher ist es auch richtig Mittel für eine Sanierung des Ratskellers vorzuhalten. Auch dies geschieht in diesem Doppelhaushalt.

Sie erinnern sich. Januar 2016. Aufschrei in der Bevölkerung, Sondersitzung im Rat. Fragestellung: was wurde aus dem Ingo-Bus. Der Ingo-Bus, der ganz bewusst als Stadtbuskonzeption entstand und auch weiter in diese Richtung gelebt werden sollte, war durch einen Überlandbus mit all seinen Nachteilen (hoher Einstieg, wenig Platz für Rollatoren und Kinderwägen) ersetzt worden. Abhilfe wurde versprochen mit dem Hinweis: die Betriebskosten würden teurer werden bei einem echten Stadtbus. Da es uns seinerzeit aber wichtig war, den St. Ingbertern diesen Nutzen und Mehrwert zu bieten, gilt aus unserer Sicht heute: wer A sagt, muss auch B sagen. Kurzum: die Mittel für die höheren Betriebskosten sind von uns in diesen Haushalt eingestellt. Der Ball wandert in dieser Frage nun an den Verwaltungschef mit dem Kreis hier entsprechend ins Benehmen zu kommen. Der demographische Wandel

mit seiner älter werdenden Bevölkerung wird ein attraktives Ingo-Bus-Angebot erforderlich machen.

Lassen Sie mich fast zum Schluss ein paar Worte zum Feuerwehrgerätehaus in Rohrbach finden. Was wurde hier vor gut 2 Jahren die Sau durchs Dorf getrieben. Die sachlichen Fakten ganz kurz:

- im letzten Doppelhaushalt 15/16 waren die Planungsgelder drin,
- kommuniziert wurde, in den nächsten Doppelhaushalt 17/18 kommen die Gelder zur Finanzierung des Projektes rein
- und siehe da im aktuellen Doppelhaushalt sind sie drin.

Wort gehalten, möchte ich nicht nur an die Adresse des Oberbürgermeisters sagen.

Der mit unseren Änderungen zur Abstimmung gestellte Haushalt bietet allen St. Ingberterinnen und St. Ingbertern die Möglichkeit in einer funktionierenden und attraktiven Stadt auf gleich hohem öffentlichem Angebotsniveau zu leben. In all der politischen Großwetterlage mit Verlustängsten und politischem Protest am rechten Rand finde ich ist auch dies ein wichtiges und bemerkenswertes Signal.

Herzlichen Dank".

Der Vorsitzende erteilt das Wort nun dem FV der **UCD-Stadtratsfraktion** Michael Trittelvitz..

"Liebe St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Damen und Herren der Verwaltung, werte Ratskollegen.

Für die Fraktion der Unabhängigen im Stadtrat St. Ingbert (UCD) darf ich zur Verabschiedung des Haushaltes für die Jahre 2017/18 Stellung nehmen.

Zuerst gilt unser Dank der Verwaltung, hier insbesondere der Kämmerei um die Herren Detemple und Rebmann und allen Fachabteilungen, die in den vergangenen Monaten dieses Zahlenwerk vorbereitet haben.

Die Stadt St. Ingbert hat in der Vergangenheit solide gewirtschaftet und gut gehaushaltet. Wir stehen – verglichen mit zahlreichen Kommunen, ob

klein, ob groß, ob rot, schwarz oder unabhängig regiert – hervorragend da: an erster Stelle im Saarland. Dies hat aber auch seine negativen Folgen für uns: Im Gegensatz zu hochverschuldeten Kommunen werden wir nicht aus finanziellen Sondertöpfen für notleidende Gemeinden bedacht. Die Schlüsselzuweisungen des Landes sind immer weiter heruntergefahren worden und waren in der Vergangenheit zeitweise oft genug bei nahezu Null. Erstaunlicherweise erlaubt die Kommunalaufsicht vielen Kommunen die Aufnahme von Kassenkrediten in Millionenhöhe, wir werden „gedeckelt“ bei 1,8 Millionen Euro Investitionssumme.

Unsere Finanzlage ist immer noch als gut zu betrachten – gleichwohl gibt es Risiken:

- Wir beobachten mit Sorge das Großprojekt Baumwollspinnerei – nachdem die Kooperation zwischen Herrn Deller und der ARGE aufgekündigt wurde, steht das Ergebnis der Vergleichsverhandlungen weiter aus. Mit dem Denkmalamt wurde eine Lösung der Fensterfrage erarbeitet, Feinplanung, Ausschreibung und Auftragsvergabe sollen bis Ende des Jahres abgeschlossen sein. Allerdings ist der Zeitplan für Fertigung und Einbau der Fenster äußerst ambitioniert. Bleibt zu hoffen, dass die Fördergelder nicht verfallen
- Wir befürworten den Ausbau der Betreuungseinrichtungen für Kinder, daher stellen wir zusätzliches Personal ein und stellen hohe Summen für die bauliche Erneuerung unserer Kindergärten zur Verfügung. Allerdings muss auch hier gelten: Wenn Bund oder Land durch Gesetze (wie der Versorgung mit Krippenplätzen) den Gemeinden Kosten aufbürden, dann müssen sie diese im Sinne des Konnexitätsprinzips auch übernehmen und nicht abwälzen. Der Koalitionsvertrag auf Landesebene gibt da Hoffnung.
- Wir sehen mit großer Sorge die stetig wachsende Kreisumlage, die von unserer Stadt aufgebracht werden muss: Die Kreise sind gezwungen sich bei den Kommunen zu bedienen, da das Land ihnen Gelder aus der Erhöhung der Grunderwerbsteuer vorenthält – eine Belastung für unsere Stadt in Millionenhöhe ist die Folge.
- Wie sich die Gründung des ABBS und der Austritt aus dem System des EVS auf den Haushalt auswirkt, können wir bis heute noch nicht prüfen. Weder liegt der Jahresabschluss 2016 vor, noch ist der Wirtschaftsplan 2017 ausreichend spezifiziert. Für die UCD ein

weiteres Risiko.

Wie also den städtischen Haushalt finanzieren?

Der Vorschlag des Kämmerers sieht ab 2018 eine Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes B um 14 % und eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes um 8% vor. Notwendig geworden insbesondere durch drohende Steuerrückzahlungen aus einer Klage vor dem Finanzgericht. Trotzdem bleiben Fragen unbeantwortet:

- Warum vor allem werden Einsparungen in nennenswertem Bereich – wir erinnern an das Zukunftsprogramm 2010, wo dies vorgesehen und zugesagt war – nicht vorgenommen?
- Warum werden Vermögensveräußerungen wie Immobilienverkäufe – ebenfalls vorgesehen im Zukunftsprogramm 2010 – nicht ausreichend vorgenommen?

Die Änderungsvorschläge der Mehrheitskoalition, über die wir heute abstimmen werden, bringen uns einige Déjà-vu-Erlebnisse.

- Da sind sie nun doch, die Mittel für das Feuerwehrgerätehaus Rohrbach, vor 2 Jahren noch abgelehnt. Wir erinnern uns alle an die mehr als 100 Feuerwehrkameraden hier im Sitzungssaal. Welch Glück, dass uns die UKS nicht zwischenzeitlich das alte Gerätehaus geschlossen hat. Das Zuwarten hat allerdings für uns zur Folge, dass die Bausumme statt mit 60% nur noch mit 30% bezuschusst wird.
- Auch der Ratskeller ist wieder da. Schade nur, dass der mit viel Mühe akquirierte investitionsbereite Interessent nicht mehr zur Verfügung steht. Eine viertel Million Euro wollte er investieren. Solche Pächter wachsen leider nicht auf Bäumen.
- Die Verbesserung der Infrastruktur E-Mobilität wird finanziert, nachdem im letzten Haushalt die Kooperation mit dem größten Gewerbesteuerzahler der Stadt gestoppt und SAP nachhaltig verprellt wurde. Gleichzeitig wird aber die Anschaffung weiterer E-Fahrzeuge gekürzt, beantragte Bundesmittel werden so verfallen.

Über andere Änderungszusagen der Koalition konnten wir in den letzten Wochen bereits als gegeben in der Saarbrücker Zeitung lesen, werbewirksam in Szene gesetzt vom 1. Beigeordneten. Höhepunkt dieser

Kampagne war dann die bereits heute abgedruckte Mitteilung der Koalition, die den heutigen Stadtratsbeschluss vorwegnimmt. Damit wird die heutige Abstimmung ad absurdum geführt. Ich frage mich, warum wir dann noch hier sitzen. Da rühmt sich die Koalition, den Wünschen der Ortsteile nachzukommen, reduziert aber gleichzeitig den Radwegausbau Mühlstraße-Industriestraße um 10.000€ und streicht die Planungskosten der Umgehungsstraße. Das laut Gutachten marode Brückenbauwerk zwischen den beiden Sportplätzen des Mühlwaldstadions wird nicht saniert werden, ein Einsturz und damit die Sperrung der Spieser Landstraße riskiert. Ich erspare Ihnen und mir weitere Beispiele.

Einige wichtige Investitionen und Projekte, die wir fordern, wurden von der Verwaltung und auch zugegebenermaßen von der Koalition im Entwurf samt Änderungsvorschlägen des Haushaltes berücksichtigt, andere Dinge haben wir vermisst:

Darüber hinaus setzen wir uns insbesondere ein für:

- Die seit vielen Jahren geforderte Erhöhung der Verkehrssicherheit Spieser Landstraße durch den Bau des vom LfS vorgeschlagenen und mitfinanzierten Doppelkreisels.
- Die Umsiedlung des Edeka-Marktes Mühlwald
- Ausreichende Mittel, die der Stadtplanung den notwendigen Handlungsspielraum zum Ankauf von Grundstücken und Ausnutzung von Vorkaufsrechten erlaubt.

Aus dem Vorgenannten ergibt sich für uns, dass wir zum Wohle der Menschen in St. Ingbert, dem Haushaltsplanentwurf der Verwaltung nicht zustimmen werden und auch nicht den von anderen Parteien vorgeschlagenen Änderungen, die im Gegensatz zu unseren Grundsätzen stehen".

Der Vorsitzende erteilt das Wort nun dem Fraktionsvorsitzenden Berthold von der **Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen**.

"Nach dem Kommunalen Selbstverwaltungsgesetz soll der genehmigte und bekanntgemachte Haushalt jeweils zu Beginn des laufenden Haushaltsjahres vorliegen. Liegt er nicht vor , dann besteht im laufenden

Haushaltsjahr , wie jetzt in 2017 schon einschließlich Oktober 10 Monate, eine haushaltslose Zeit mit vorläufiger Haushaltsführung, in der das erste Organ der Gemeinde, also der Stadtrat, nur schwerlich die Kontrolle (obliegt dem Stadtrat) der Haushalts – und Finanzwirtschaft im laufenden Jahr wahrnehmen kann., da er keinen rechtssichere Haushaltsgrundlage hat und auch nur begrenzt erfährt wie der Oberbürgermeister während der haushaltslosen Zeit und vorläufigen Haushaltsführung insbesondere mit den Ausgaben verfährt. Deshalb ist im hohen Interesse der Stadt, der Bürger, und des Stadtrates als politische Vertretung der Bürger zu Beginn des laufenden Haushaltsjahres den genehmigten Haushalt vorliegen zu haben. Das bedingt, dass der Oberbürgermeister bzw. der Kämmerer den Haushaltsentwurf rechtzeitig im Vorjahr vorlegen. Das muss wieder das Ziel werden. Der Aushöhlung unseres Haushaltsrechtes muss entgegengetreten werden.

Diesmal wurde der Haushaltsentwurf 2017/2018 von der städt. Kämmerei erst spät, elektronisch am 25. April 2017, also im schon laufenden Haushaltsjahr 2017 und in Papierform erst am 9.Juni vorgelegt. Das heißt, wir Stadträte konnten uns in den Haushaltsentwurf erst so spät im laufenden Haushaltsjahr 2017 einlesen und diesen analysieren. Der Kämmerer wollte zunächst keine Detailberatungen in den Ausschüssen durchführen. Das forderten dann aber parteiübergreifend die Fraktionen. Die Detaildurchsicht und Detailberatungen der einzelnen Produkte fanden dann nach den Sommerferien im August und September statt.

Die Kämmerei wird sicherlich für die verspätete Vorlage des Haushaltsentwurfes Gründe und Zwänge anführen können oder hat dies schon heute getan. Problematische Beratungen des Haushaltes durch Auflagen der Kommunalaufsicht und drohender Gewerbesteuerrückzahlungen in Millionenhöhe

Die Stadträte erfuhren am 14. September 2017 von der Auflage der Kommunalaufsicht, dass die Finanzierung der so dringend nötigen millionenschweren Investitionen (Investitionsstau) über die 1,8 Millionen gewährte Darlehensaufnahme pro Jahr hinaus, durch Entnahme aus der vorhanden Liquidität finanziert werden müssen. Ebenso erfuhren die Stadträte in der Finanzausschusssitzung am 14. September, dass die drohende Gewerbesteuerrückzahlung + Zinsen (Millionen) eines Gewerbesteuerzahlers nicht in 2017, sondern erst in 2019 erfolgen wird.

Das führte dann dazu, dass es der Kämmerer am. 14. September und schon wieder am 11. Oktober eine Korrekturliste der Haushaltseckdaten vorlegen musste. Die letzte Korrekturliste kam dann als Tischvorlage im Finanzausschuss am 17. Oktober, also vor einer Woche, da es jetzt aktuell noch zusätzlich eine erhebliche Gewerbesteuerrückzahlung + Zinsen eines abgewanderten Versicherungsunternehmens in 2017 gibt. Unter diesen schwierigen Rahmenbedingungen und den wiederholten Veränderungen war es als ehrenamtlich tätiger Stadtrat äußerst schwer den Überblick zu bewahren, sich HAUSHALTSKLARHEIT zu verschaffen sowie HAUSHALTSWAHRHEIT zu finden.

Erfreulich ist, dass wir trotz der schwierigen Rahmenbedingungen und Fremdeinflüsse nach wie vor keine Kassenkredite aufnehmen müssen und auch die Neuverschuldung moderat vorgenommen wird, so dass den nachfolgenden Generationen nur moderate Neuverschuldung aufgebürdet werden.

Mittelfristige Haushaltskonsolidierung

Über der angestrebten mittelfristigen Haushaltskonsolidierung hängt das Damoklesschwert der drohenden millionenschweren Gewerbesteuerrückzahlung in 2019. Selbst wenn sie käme hat uns die Kämmerei aufgezeigt, wie wir durch vernünftiges Haushalten/Sparen und Wirtschaften (Haushaltsdisziplin) auch in den nächsten 5 Jahren Kassenkredite vermeiden und auch das Haushaltsdefizit abbauen können. Allerdings kann eine im Bundestagswahlkampf angekündigte Steuersenkung, wenn sie tatsächlich kommt, uns noch mittelfristig einen Strich durch die Rechnung machen.

Herausforderung wird im nächsten Jahrzehnt sein, wie Einsparpotentiale durch Umstrukturierungen und neue Organisationsformen, Effizienzsteigerung mittels Digitalisierung, durch neue Betreibermodelle, durch interkommunaler Zusammenarbeit gehoben werden können, die Haushaltskonsolidierung fortgesetzt und gleichzeitig die Angebots - und Leistungspalette der Stadt weitestgehend erhalten werden bzw. sogar durch innovative Ideen bereichert werden kann.

Durch Änderungsanträge dem Doppelhaushalt Koalitionshandschrift verliehen. Trotz der beschriebenen Schwierigkeiten und sich mehrfach verändernden Rahmenbedingungen ist es zusammen mit unseren Koalitionspartnern CDU und Familienpartei in Fleißarbeit gelungen durch

gemeinsame Änderungsanträge einen zukunftsgerichteten Haushalt mit erheblichen Investitionen in städtebauliche Entwicklung, in Gebäudesanierung, Um- und Neubauten bei Bildung und Kinderbetreuung, für Umwelt/ Klimaschutz , für Feuerwehr/ Brandschutz, in Einrichtungen und Lehrmittel sowie Investitionen für alle Ortsteile zu gestalten. Die Änderungsanträge der Koalition werden ja heute nochmals vorgestellt und verabschiedet. Damit wird endlich begonnen, den großen Investitionsstau in unsrer Stadt aufzulösen und damit auch der Erhalt der Vermögenswerte unserer Stadt betrieben. Dieser Kurs wird in den nächsten Jahren fortgeführt.

Weitere Ziele im Sinne grüner Inhalte wurden im Doppelhaushalt verankert.
Ökologische Wirkungen bei baulichen Investitionen

Mit all den baulichen Sanierungsmaßnahmen, Um- und Neubauten im Doppelhaushalt 2017/2018 und Folgejahren gehen neben sozialen und kulturellen Zielen auch ökologische Verbesserungen beim Umwelt - und Klimaschutz bzw. bei Energieeinsparung/ Energieeffizienz und Kosteneinsparung einher. Durch modernste Heizungsanlagen und Wärmedämmung, durch energiesparende Bauweisen und durch Einsatz erneuerbarer Energien. Insbesondere durch die rentierliche Maßnahme bzw. Investition „Neue Lüftungsanlage Stadthalle“, die im Moment installiert wird, werden erheblich Wärme und Strom eingespart. Die Lüftungsanlage transportiert entsprechend den Befehlen des Steuerungs – und Regelungssystems Wärme in die Stadthalle. Die alte Anlage ließ sich nicht mehr regeln und verbrauchte unnötig viel Wärme und Strom.

Fortführung des Masterplans Klimaschutz

Konzepterstellung <Anpassung an den Klimawandel und klimagerechtes Flächenmanagement> als Vorarbeit für den neu zu erarbeitenden St. Ingbert Flächennutzungsplan.

Konzepterstellung „Klimafreundliche Mobilität in unserer Stadt „für alle Verkehrsteilnehmer und Verkehrsarten, zur Vorbereitung des neuen Verkehrskonzeptes bzw. des neuen Generalverkehrsplanes, das /der auch Bestandteil des neuen Flächennutzungsplanes sein muss.

Ausbau pro Jahr von 2 weiteren E-Ladestationen

Fortsetzung der Umstellung öffentlicher Beleuchtungsanlagen in 2018
Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED (800.000 €) und

Stromkosteneinsparung pro Jahr von 90.000 €.

Barrierefreier Ausbau der Weiterer Bushaltestellen. Neue Bushaltestellen am Leibniz -Gymnasium.

Radweg Mühlstraße – Industriestraße in Rohrbach

Weg der Industriekultur

Beschilderung des „Weges der St. Ingberter Industriekultur damit Besucher von auswärts und St. Ingberter Bürger auch ohne Führung diesen Weg beschreiten können. Von Besucherbergwerk Rischbachstollen, zum früheren Eisenwerk Alte Schmelz (denkmalgeschützte Gebäude wie Mech. Werkstatt, Herrenhaus, Möllerhalle, Arbeitersiedlung Arbeitersiedlung), zur Baumwollspinnerei, zur früheren Glashütte (heute OBI – Baumarkt mit Siedlung und zur früheren Beckerbrauerei mit dem prägnanten Denkmal Beckerturm.

Die nächste angedachte Stufe des Ausbaus dieses Weges ist der Abruf von virtuellen Informationen über die Geschichte, Funktionen und Architektur der einzelnen Gebäude mittels Smartphone einzelner Besucher und Interessenten. Dies wäre ein Beitrag für den Kulturtourismus. Der Stadtrat hat die Verwaltung beauftragt eine Machbarkeitsstudie einzuholen. Dieses Projekt könnte nach dem Biosphärenbahnhof das nächste Projekt im Sinne der Biosphäre und Tourismus sein. Mitfinanziert aus Leadermitteln.

MINT – Campus - Aktivitäten

Bis der MINT – Campus auf der Alten Schmelz mit dem Schülerforschungslabor starten kann (wahrscheinlich Ende 2019 / Anfang 2010) unterstützen wir die außerschulischen MINT – Aktivitäten der Initiative Alte Schmelz, die diese im Namen des MINT – Campus – Vereins durchführt. Zu den Aktivitäten zählen das Wissenschaftsforum, die Mathewerkstatt, die Informatikarbeitsgruppe, die Elektroerfindergruppe, der Jugenderfinderclub (JET-Club) sowie die Offene Werkstatt. Deshalb haben wir einen Zuschuss für 2018 und 2019 per Änderungsantrag in den Doppelhaushalt eingestellt.

Unterstützung des City-Commitment – Konzeptes der Kaufleute.

Wir freuen uns als Fraktion über die neuen Aktivitäten der Kaufleute und des Vereins Handel und Gewerbe das City-Commitment – Konzept

(Innstadtverpflichtung aller Kaufleute und gemeinsamer Auftritt wie ein Einkaufscenter oder Kaufhaus mit einheitlichen Kernöffnungszeiten) in der City umzusetzen. Ein Anfang für einheitliche Kernzeiten wurde mit 15 Kaufleuten im Oktober gemacht. Bis Weihnachten und im nächsten Jahr sollen es weitaus mehr werden.

Kaufleute, H& G, Stadtverwaltung/ Wirtschaftsförderung haben sich das Ziel <City-Commitment > gemeinsam vorgenommen. Deshalb haben wir jetzt ein Signal an die Kaufleute gesendet und die Mittel für die Stadtmarketing GmbH, in der Stadt und Kaufmannschaft kooperieren, pro Jahr erhöht.

Die so dringend nötigen Millionen-Investitionen, die vorher beschriebenen Vorhaben, die weitestgehende Beibehaltung des städtischen Angebots - und Leistungsportfolios sowie die Auflagen der Kommunalaufsicht nach Ausschöpfung der Einnahmequellen und Finanzierung der Investitionen aus vorhandener Liquidität erfordern, die von der Kämmerei vorgeschlagenen moderaten Gewerbesteuer - und Grundsteuererhöhung ab Januar 2018. Wir tragen diese mit. Wir stimmen dem Doppelhaushalt einschließlich der Änderungsanträge von der Koalition aus CDU, Familienpartei und Bündnis 90/ Die Grünen zu und tragen die Verantwortung zum Wohle der St. Ingberter und Stadt. Die Kritiker der Steuer - Erhöhungen im Stadtrat wissen genau, dass alle Bürger und Unternehmen von den Investitionen in öffentliche Gebäude und Einrichtungen (Schulen und KITAS), Straßensanierungen, Erhaltung und Modernisierung von Plätzen/ Spielplätzen, Informations- und Kommunikationstechnik der Stadtverwaltung, in bessere techn. Ausrüstung für den Bau - und Betriebshof, in Bildung, Umwelt/ Klimaschutz und Feuerwehr bzw. Brandschutz profitieren. Viele der Investitionen und Vorhaben sind auch in im Sinne, der Oppositionsfraktionen, aber sie haben nicht den Mut dem Gesamthaushalt zustimmen. Alternativvorschläge, wie dies alles ohne Steuererhöhungen finanziert werden soll, blieb die Opposition bisher schuldig."

Der Vorsitzende erteilt das Wort nun dem Fraktionsvorsitzenden Dominik Schmoll von der **Stadtratsfraktion Wir für St. Ingbert**.

"Sehr geehrter Herr Oberbürgerbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Konjunktur in Deutschland entwickelt sich seit Jahren gut. Im Bund haben wir seit einigen Jahren die „schwarze Null“ und trotzdem kann und wird der Staat mehr investieren. Selbst Steuersenkungen sind nun realistisch. Auch im Land ist das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes in Reichweite.

Doch obwohl auch bei uns in St. Ingbert die Wirtschaft sich ordentlich entwickelt, obwohl unsere Bürger pünktlich ihre Steuern zahlen und obwohl wir im Land eine der finanzstärksten Kommunen sind, schreibt unsere Stadt seit Jahren rote Zahlen. Reserven werden aufgezehrt und die Abschreibungen sind größer als die Investitionen. Wir leben also vom Bestand. Dies wird auch im kommenden Doppelhaushalt 2017 und 2018 so sein.

Während der gesamten Haushaltsberatungen hat uns aber die Kämmerei stets gezeigt, dass es berechnete Hoffnung für eine Trendwende gibt. Die Bürgerfraktion „Wir für St. Ingbert“ wird die Verwaltung darin unterstützen, dass es gelingt, in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu schaffen. Um diesem Ziel heute etwas näher zu kommen, hat die Verwaltung dem Stadtrat einen Entwurf vorgelegt, der eine Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuern vorsieht. Wir sind bereit Verantwortung zu übernehmen, da wir wissen, dass es nur so gelingt den Haushalt mittelfristig auszugleichen. „Wir für St. Ingbert“ ist also bereit diese von der Verwaltung empfohlenen Steuererhöhungen mitzutragen und auch öffentlich zu verteidigen.

So schmerzlich das auch klingt: Für diese Erhöhungen gibt es keine ehrliche Alternative. Und das die Gewerbesteuer nicht noch mehr erhöht werden kann, eine erneute Grundsteuererhöhung dadurch vermieden werden könnte, das weiß auch die SPD-Fraktion aus den Details der nichtöffentlichen Sitzungen, auf die ich hier nicht eingehen darf.

Der heute zur Abstimmung stehende Haushalt auf Grundlage des Verwaltungsentwurfs und mit den beantragten Änderungen der Koalition unterstützt das von uns genannte Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes.

Doch auch auf diesem schmerzhaften Weg der Haushaltskonsolidierung Weg wollen wir natürlich weiter unser St. Ingbert entwickeln.

Die Investitionen sind bereits in den letzten Jahren auf ein Minimum geschrumpft und die Spielräume sind relativ klein. Viele Wünsche und

Projekte aus dem Rat mussten gekürzt oder konnten nicht beachtet werden.

Und doch wird der Rat mit diesem Haushalt die Möglichkeit haben, die Stadtverwaltung ordentlich zu beschäftigen und unsere Stadt somit weiter zu gestalten. Vieles wurde bereits von meinen Vorrednern dazu gesagt und ich will mich auf zwei Punkte konzentrieren: Eine zentrale Maßnahme ist für „Wir für St. Ingbert“ die Entwicklung der Innenstadt, insbesondere der Fußgängerzone. Wir sind daher froh, dass es gelungen ist, mehrere hunderttausend Euro bereitzustellen, um schon sehr bald das Herz St. Ingbert attraktiver zu gestalten und zu modernisieren.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich bei Herrn Breinig, Herrn Körner und Herrn Berthold für das Gesprächsangebot während der Beratungszeit bedanken sowie die Bereitschaft sich unseren Wünschen zu öffnen.

Herzlichen Dank dafür.

Neben den bereits genannten Einstellungen von Geldern für die Fußgängerzone sowie für städtebauliche Akzente war es uns besonders wichtig, dass es beim leerstehenden Ratskeller weitergeht. Der kurzfristigen Deckung mitten im Haushaltsjahr war für uns damals nicht möglich zuzustimmen. Gelder für Schulsanierungen als Deckung sind für uns ein „No-Go“ Doch heute werden wir mit der Haushalts-Abstimmung Tatsachen schaffen und die Sanierung zu finanzieren.

Unsere Fraktion stellt also fest, dass es auch trotz knapper Kassen möglich ist, St. Ingbert weiter zu bringen und weiter zu gestalten. In den Änderungsanträgen findet sich auch „Wir für St. Ingbert“ wieder.

Ich kann daher ankündigen, dass die Fraktion „Wir für St. Ingbert“ dem Haushalt mit den Änderungsanträgen der Koalition zustimmen wird. Vielen Dank."

Der Vorsitzende erteilt das Wort nun dem Fraktionsvorsitzenden Andreas Gaa von der **FPD-Stadtratsfraktion in Gründung**.

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Hans Wagner,

sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung
sehr geehrte Damen und Herren des Stadtrates,
sehr geehrte Besucher,

nach rund einem Jahr Verspätung befassen wir uns heute mit dem Haushalt 2017 / 2018.

Der Entwurf zum Haushalt wurde uns im Juni dieses Jahres mit 634 Seiten zur Verfügung gestellt. In der Folgezeit gab es fortwährend Ergänzungen/Nachträge zu diesem Entwurf. Die letzten Änderungen von der Verwaltung wurden uns vor 8 Tagen am 17.10.2017 zur Verfügung gestellt.

Es dürfte auch für St. Ingbert zutreffen – das derzeit aufgrund der guten Wirtschaftslage die Steuereinnahmen kräftig sprudeln. Trotz dieser Steuermehreinnahmen ist es der Verwaltung wieder mal nicht gelungen, einen Haushalt zu präsentieren, der ohne Steuererhöhungen diesmal nicht nur bei der Grundsteuer, sondern auch die Gewerbesteuer umfasst auskommt. Zudem wird die Gebührenschrabe bei den Friedhofsgebühren 2018 kräftig angezogen.

Was droht uns da, liebe Stadtratskolleginnen und Kollegen, erst an Steuer- und Gebührenerhöhungen, wenn wie ein Herr Gerhard Kettner bei Facebook gestern um 14.09 Uhr postet, ein maßgeblicher Gewerbesteuerzahler in St. Ingbert wegfällt oder die von der Verwaltung blauäugig im Jahre 2019 anvisierte Rückzahlung von 2,5 Mio. Darlehen der GGE doch nicht kommt.

Seit 2010 wird die Begründung der Verwaltung für alle Steuererhöhungen immer nur noch fortgeschrieben nach dem Motto, die Steuererhöhung ist unverzichtbarer Baustein bzw. die Satzungsänderung bei den Friedhofsgebühren ist unumgänglich.

Die FDP bekannt als Steuersenkungspartei und nicht als Steuererhöhungspartei hatte gehofft, dass dieses Mal die Verwaltung wie bereits am 23.3.2010 (also vor rund 7 Jahren!) zugesagt, endlich den Haushalt auf Einsparpotential durchforstet. Zumindest bei den Koalitions-Fraktionen CDU – Familienpartei – Bündnis 90 hatte die FDP auf Änderungen hinsichtlich Einsparungen gehofft. Leider wurde aber mal wieder der bequeme Weg der Steuer- und Gebührenerhöhung gewählt.

Dabei ist Einsparpotential vorhanden, wenn man nur will.

Beispiel 1: die freiwilligen Leistungen: werden noch nicht einmal ansatzweise leicht reduziert, sondern munter weiter erhöht. Die Volkshochschule weist ein Defizit von 725.000 € aus für 2017 nach 645.000 € in 2016 – Eine Erhöhung um rd. 80.000 €. Im Jahre 2018 werden nochmals 55.000 € als Defizit draufgesattelt.

Bei der Musikschule beträgt das Defizit 2017 bereits 294.000 € nach 266.000 € in 2016.

Bei der Stadtbücherei, hat es sich noch nicht herumgesprochen, dass immer mehr Menschen Ihre Bücher auf dem Handy lesen. Das Defizit beträgt 2017 rd. 427.000 € und in 2018 sogar 486.000 € eine Steigerung um weitere 60.000 €.

Beispiel 2: die Personalkosten:

Im Beschluss Zukunftspaket Stadtgemeinschaft St. Ingbert 2010 wurde von Verwaltungsseite eine Reduzierung der Personalausgaben durch die natürliche Fluktuation zugesagt.

Die Wirklichkeit zeigt, dass die Personalkosten völlig aus dem Ruder laufen. Im Jahre 2017 erhöhen sich die Personalkosten um 700.000,00 € und im Jahre 2018 ist sogar mit einer Steigerung von 1 Mio. zu rechnen.

Natürlich sind aber auch hier bei etwas mehr Sparwillen Kostensteigerungen zu begrenzen. Durch den Abbau von nicht notwendigen Immobilien zb. Fliegerhalle / TG-Halle / Tischtennis-Halle könnte auch das Personal bei der Abteilung Gebäude-Management angepasst werden.

Nicht vermittelbar für Außenstehende sind auch die Personalkosten bei der Albert-Weisgerber-Stiftung von über 600.000 € obwohl das Museum nicht in Betrieb ist.

Natürlich gehören auch die Personalkosten für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen auf den Prüfstand. Wenn sich der

Flüchtlingsstrom verringert – müsste nach Auffassung der FDP auch hier sich die Personalkosten von 637.000 € verringern.

Beim Personaleinsatz auf den Friedhöfen sehen wir von der FDP Einsparungspotential. Auch in St. Ingbert dürfte man seit Jahren feststellen, dass die Nachfrage nach Großgräbern zurückgeht und die Nachfrage nach kleineren Urnengräbern zunimmt. Muss man unter diesem Gesichtspunkt die Friedhöfe wirklich in dieser Größe vorhalten – was ein immenser Aufwand an Pflege bedarf. Die FDP meint dazu nein. Eine deutliche Erhöhung der Friedhofsgebühren in 2018 die heute schon im Haushalt eingepflegt wird ist nur vermittelbar – wenn auch hier Einsparungen einhergehen. Diese sehen wir nicht.

Beispiel 3: sonstige Kosten

Bei der Wirtschaftsförderung (Seite 397 des Entwurfes) sind für Öffentlichkeitsarbeit der Betrag von 19.000,00 € eingestellt. Davon bekommt allein die St. Ingbert Rundschau den Betrag von 11.500,00 € jährlich. Nach Auffassung der FDP ist das in dieser Höhe nicht notwendig. Ich frage die Runde, wäre das Geld nicht besser beim City-Commitement angelegt, wo die Verwaltung im Haushalt 2017 / 2018 keinerlei Mittel bereitstellt und die Fraktionen CDU / Familie / Bündnis90 zumindest für 2018 als Tropfen auf den heißen Stein den Betrag von 5.000 € bereitstellen möchte.

Ganz spannend wird es auf Seite 474 des Entwurfes des Haushaltes. Am 4.12.2014 haben wir im Stadtrat die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED zugestimmt mit einer Investition in Millionenhöhe. Die FDP hat damals den Entschluß mitgetragen, weil auf Seite 40 von 127 zu dieser Sitzung Anlage 3 eine zukünftige Ersparnis an Strom von jährlich 114.113,99 € und eine Ersparnis an der Unterhaltung von jährlich 40.589,50 € vorgerechnet wurde.

Und was ist jetzt auf Seite 474 zu lesen?

Energiekosten 2016 – noch 336.000,00 und in sogar eine Erhöhung!

Energiekosten 2017 – Haushaltsansatz 375.540,00 €

Energiekosten 2018 – Haushaltsansatz 375.540,00 €

Zusammengefasst ist zu sagen, die FDP sieht viel Potential bei

Einsparungen im Verwaltungsbereich wenn die beschlossenen Vorgaben aus 2010 ernsthaft umgesetzt werden. Das ist bisher nicht geschehen. Themen wie Feuerwehr-Zusammenlegung und Interkommunale Zusammenarbeit und zwar auf den Ebenen wo man richtig einsparen kann dürfen kein Tabu-Thema sein.

Von daher ist der vorgelegte Haushaltsentwurf 2017 / 2018 unausgewogen. Man geht mal wieder den viel leichteren Weg einer massiven Grundsteuererhöhung (dann schon die 3 seit 2010) – der Gewerbesteuererhöhung und wieder mal die Erhöhung der Friedhofsgebühren.

Dem vorgelegten Haushalt 2017/2018 – auch mit den eingearbeiteten Änderungen – wird die FDP deshalb nicht zustimmen können".

Sodann erteilt der Vorsitzende das Wort an das SM Ducke-Sellen (Die Linke)

"Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Kollegen des Stadtrates, sehr geehrte Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der Kämmerei und der Verwaltung. Erst einmal danke für das umfassende Haushaltswerk. Ich habe mich tatsächlich durch diese hunderte von Seiten durchgearbeitet und habe dabei einige Erkenntnisse gewonnen, die ich vorher nicht hatte. Ich hätte dazu noch eine Anregung. Es zwar sehr schwierig, als einzelne Person und Nicht-Betriebswirt wirklich durchzusteigen. Andere Städte sind mittlerweile dazu übergegangen, ein Kolloquium einzurichten, um mit der Kämmerei gemeinsam diese ganzen schwierigen Fakten und Haushaltssituationen durchzugehen, um anschließend wirklich zu wissen, wo kann ich etwas sparen oder was kann ich erhöhen? Dies ist eine Vorbemerkung von mir, vielleicht könnte man das beim nächsten Mal berücksichtigen.

Es wurde uns ein Haushaltsentwurf überreicht, mit der Maßgabe, dass der Stadtrat einen Millionenbetrag einsparen soll und ich weiß nicht genau, ob dies die Aufgabe des Stadtrates ist und ich möchte auch nicht weiter darauf eingehen. Die Haushaltsnotlage der Städte und Gemeinden ist nicht nur selbstgemacht. St. Ingbert steht in diesem Punkt gegenüber anderen vergleichbaren Städten noch gut da. Wir haben das Geld in den letzten Jahren nicht zum Fenster hinausgeworfen und haben heute nicht

diese Probleme. Trotzdem 132 Mio. Euro haben die saarländischen Städte und Gemeinden durch falsche steuerpolitische Entscheidungen im Bundesrat seit dem Jahr 2000 jährlich verloren. Allein aus eigener Kraft und unter Einbeziehung des Status quo der Aufgabenerfüllung wird es den Kommunen nicht gelingen, die Finanzkrise zu überwinden; dies steht im Koalitionsvertrag von CDU und SPD im Land. Die Koalition gibt zu, dass es die Städte und Gemeinden aus eigener Kraft nicht gesund sparen können.

Eine faire Altlastenregelung für die Kommunen wird es dennoch so schnell nicht geben und ebenso wenig ein Investitionsprogramm zur Verbesserung der kommunalen Infrastruktur. Laut IHK investiert das Saarland im Vergleich zu den übrigen Ländern 100 Mio. Euro/Jahr zu wenig, damit bleibe auch für die Kommunen zu wenig übrig, auch für St. Ingbert. Spätestens 2020 sollen die Zinsen wieder steigen, sagen die Experten. Damit wird die Neuregelung des Finanzausgleichs (Umfang 100 Mio. Euro) bei einer 1-prozentigen Zinserhöhung vollständig aufgeessen.

Fazit:

Ohne Hilfe des Bundes, des Landes und ohne gerechte Steuerpolitik – diese muss auf Bundesebene passieren wie z. B. durch Einführung der Reichensteuer- sowie faire Altlastenregelung ist den Kommunen nicht zu helfen. Der Deutsche Städte- und Gemeindetag erarbeitet derzeit Konzepte über Entschuldungsprogramme. Aus seiner Sicht schaffen es die Gemeinden ebenfalls alleine nicht. St. Ingbert ist im Vergleich zu anderen Kommunen haushaltsmäßig noch gut aufgestellt, trotzdem die Aufforderung nach Einsparungen. Die Forderung an den Stadtrat, über 1 Mio. Euro einzusparen im Haushalt 2017/2018 ist kein Pappentier. Sie können aus Sicht Der Linke auf gar keinen Fall im Bereich Bildung, Kultur und Soziales eingespart werden, was bisher meistens passiert ist. Dies sind die Bereiche, in denen normalerweise eingespart wird.

Wiederholt wird in den Medien von zusätzlichen Steuereinnahmen des Bundes gesprochen. Sie kommen in den Gemeinden und Kommunen anteilmäßig derzeit nicht an. Parallel hierzu hören wir ständig von steigender Kinderarmut in unserem Land, die Zahlen sind alarmierend. Daher können wir weder Einsparungen im Bildungsbereich, d. h. den uns zugeordneten Grundschulen, Kindertagesstätten, der FGTS usw. keine Einsparungen machen und den Haushalt dort reduzieren. Der beste

Schutz gegen Armut ist bekanntlich eine gute Bildung und Ausbildung.

Die Linke begrüßt das Konzept einer gebundenen Ganztagschule für St. Ingbert nicht zuletzt aus den vorgenannten Gründen. Schul- und Lernbedarf müssen für alle zeitgemäß aktualisiert werden, d. h. Whiteboard, PCs für alle im schulischen Bereich. Durch ebenfalls gestiegene ständige Altersarmut durch den demografischen Wandel, ständig wachsende Zahl von Älteren und Hilfe benötigenden Menschen, vorhandene Leistungen in die Zukunft und Beiträge dürfen nicht gekürzt oder gestrichen werden. Also ich betrachte einen Aufzug in der Stadthalle nicht nur für Behinderte sondern auch für diese Sorte Menschen für unbedingt notwendig. Es müssen alters- und familiengerechte Wohnungen seitens der Stadt zur Verfügung gestellt und städtische Immobilien müssen diesen Standards angepasst werden. Sozialschwache Bürger und Bürgerinnen und ältere Menschen mit geringen Rentenbezügen muss es weiter möglich sein, am sozialen und kulturellen Leben teilzunehmen. VHS, Bücherei können vielleicht in ihrer Struktur geändert werden, müssen jedoch grundsätzlich erhalten bleiben. Stadtfeste, Theater und sonstige Veranstaltungen müssen ebenfalls gewährleistet werden, auch wenn sie kommunal subventioniert werden.

Das seit Jahren begonnene Vorzeigeprojekt <Alte Baumwollspinnerei>, das mittlerweile auch für die Identifikation des Bürgers mit St. Ingbert steht, muss zeitnah fertiggestellt werden um zusätzliche Folgekosten zu vermeiden. Weitere begonnene Projekte wie der Umbau <Altes Stadtbad - Ausbau bürgerfreundlicher Stadtpark – ehemalige Tischtennishall> und viele andere müssen zu Ende geführt werden. Salopp gesagt, wir können uns nicht totsparen, umzingelt von Ruinen und angefangenen Baustellen, die wir nicht fertigmachen. Ich hoffe, dass Landesregierung und der Deutsche Städte- und Gemeindetag in ihrem heutigen Treffen in der Staatskanzlei ein gutes Stück weiterkommen, zum Thema <Konsolidierung der kommunalen Haushalte und Kappung der Verschuldungssituation>. Die Linke lehnt aus den vorgenannten Gründen den reduzierten Haushalt inklusive der vorgeschlagenen Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer ab."

Der Vorsitzende dankt für den Vortrag und verweist auf den zu Beginn der Diskussion gestellten Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion <Von der Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes (B) abzusehen und stattdessen

die Gewerbesteuer auf den neuen Hebesatz von 402 Punkten anzuheben>. Dieser Antrag wird mit 12 Stimmen dafür, bei 27 Stimmen dagegen und 3 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt der Vorsitzende über den abgedruckten Entwurf der Haushaltssatzung abstimmen.

Nach erfolgter Abstimmung bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Ende der Sitzung: 20:11 Uhr

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

Hans Wagner
Oberbürgermeister

Thomas Schöben

CDU – Stadtratsfraktion

SPD – Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion der FAMILIEN-PARTEI

Stadtratsfraktion BUNDNIS 90/DIE GRÜNEN

UCD-Stadtratsfraktion

Stadtratsfraktion Wir für St. Ingbert